

Erscheint täglich außer Montags. Preis pr. Nummer 2 Pf., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Nachr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln. in der Post-Beilage-Preisliste für 1893 unter Nr. 6798.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt I, Nr. 4190.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 3. Juni 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Finanzkünstler an der Arbeit.

In den hohen Regierungskreisen herrscht, wenn man nach von Offiziösen urtheilen darf, die ärgste Verwirrung darüber, wie die neuen Erfordernisse für das Heer gedeckt werden sollen. Jüngst wurden Euzugssteuern vorgeschlagen, jetzt scheint man wieder zur alten Liebe, zu der Belastung der breiten Volksschichten zurückgekehrt zu sein. Sehr zu beachten ist, was jetzt durch den „Hamburgischen Korrespondenten“ lancirt wird. Diefes vom „neuen Kurs“ vielfach zu offiziösen Rundgebungen benutzte Blatt kündigt neue statistische Ermittlungen über Militärlast und Steuer-aufwand an. Wie in der Ankündigung ausgeführt wird, rührten die Staatsschulden in den verschiedensten Ländern aus Kriegen her, die unglücklich oder erfolglos geführt wurden. Es seien nun von berufenen Statistiker Ermittlungen angestellt, in welchem Maße die aufgenommenen Anleihen zu militärischen Zwecken verwendet worden sind. Weitere Erhebungen seien über die bestehenden Verbrauchssteuern angestellt worden. Auch hier lasse sich schon voraussagen, daß „in Deutschland das System der indirekten Besteuerung noch am wenigsten entwickelt und folglich noch am meisten entwickelungsfähig“ sei.

Was hier über die Staatsschulden gesagt wird, wird selbst den ärgsten Pessimisten erheitern. Wir mit unseren 2123 Millionen Reichsschulden haben in der Geschichte unseres erst 22 Jahre bestehenden Reiches, das vor 20 Jahren bloß 1415 Millionen Schulden hatte, bloß einen Krieg u. z. einen beispiellos glücklichen aufzuweisen, der 5000 Millionen Franken in Gold in's Land gebracht hat. Unsere Staatsschulden rühren doch sicherlich nicht von unglücklich geführten Kriegen her, und die Preussens eines Landes, das seit 1807 keinen unglücklichen Krieg aufzuweisen hat, sind seit 1849 von 465,1 Millionen Mark auf über 4000 Millionen Mark gestiegen, sie haben sich in 44 Jahren, in denen wir drei siegreiche Kriege aufzuweisen hatten, fast verzehnfacht. Bayerns Schulden stiegen von 1847—1884, einem Zeitabschnitt, der einen siegreichen und einen unglücklichen Krieg aufzuweisen hat, von 216,1 auf 1346,5 Millionen Mark, die Sachsens verzehnfachten sich in der Periode 1850—1884, die Württembergs verzehnfachten sich in der gleichen Zeit. Oesterreich-Ungarn hatte seit 1868 außer seiner erfolgreichen Expedition nach Bosnien und der Herzegowina keine Kriege geführt und doch stieg in der Periode 1868—1893 die cisleithanische Schuld von 0 auf ca. 850 Millionen Mark, die ungarische von 452 1/2 auf 2165 1/2 Millionen Mark. Belgien, das überhaupt seit seinem Bestande bei keinem Kriege in Mitleidenschaft gezogen wurde, hat in der Periode 1851—1884 seine Staatsschulden weit mehr als verdreifacht.

Als schneidige preussische Beamte, die überdies wohl ausgefuchst werden dürften, werden die beauftragten

„Statistiker“ wohl das herausklopfen, was Herrn von Malhahn in den Kram paßt, sonst wären sie ja auch ihre Geheimrathstitel nicht werth.

Wir halten überhaupt alle diese statistischen Untersuchungen für eitel Verschwendung an Zeit und Geld, da die Offiziösen des Reichskanzler-Amtes schon vorher wissen, was bei denselben herauskommen wird, so auch, daß in Deutschland das System der indirekten Besteuerung noch am wenigsten entwickelt und folglich noch am entwickelungsfähigsten ist.

Es giebt kein Gebiet, das vergleichend-statistisch so schwer zu bearbeiten ist, als gerade die Finanzstatistik, weil der Vergleichspunkt für die verschiedene Steuerbelastung noch nicht gefunden ist. Ebenso verfehlt wie es war, einfach die Steuersumme, welche die Franzosen zu zahlen haben, zu vergleichen mit der der Deutschen, ebenso falsch wäre es zu behaupten, daß auf den Kopf des Franzosen so und so viele Mark Steuern kommen, auf den des Deutschen um so viele Pfennige weniger, der Deutsche ist daher weniger belastet, er kann zu größeren Steuerleistungen herangezogen werden.

Es kommt eben hierbei auf ein statistisch nicht erfassbares Moment an: auf die Leistungsfähigkeit. Diese ist in Deutschland bedeutend geringer als in England und in Frankreich, die Löhne sind in diesen Ländern bedeutend höher, die Lebensmittelpreise sind zum Theil niedriger als bei uns sowohl in den Städten als auf dem Lande. Die deutschen Familien sind sehr kinderreich, während in Frankreich das Zweikinder-System herrscht, demnach sind in Frankreich viel mehr verdienende Personen als in Deutschland, es kommen dann eine Reihe verschiedener Volksgewohnheiten in Frage, welche die Leistungsfähigkeit beeinflussen.

Je weniger ein wissenschaftliches Gebiet bearbeitet ist, desto abweichender sind die Meinungen selbst der Fachmänner über die einschlägigen Fragen. Da nun das Gebiet der Finanzstatistik und insbesondere das der internationalen Finanzstatistik fast gänzlich unbearbeitet ist, so wird es der Reichsregierung bei geschickter Auswahl vorurtheilsloser und strebhafter Fachmänner wohl gelingen, daß ihr das herausgerechnet wird, was ihr zur Begründung ihrer Finanzpläne zweckdienlich ist. Ihr ist es doch bei der vollständigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der „berufenen Statistiker“ sehr leicht, die ihr nicht ganz behagenden Gutachten in den Papierkorb zu werfen und die ihr passenden als die von der Wissenschaft herrührenden, einzig maßgebenden zu bezeichnen.

Für uns hat die ganze geplante Statistik gar keine Bedeutung, uns kann es ganz gleich sein, wie sich die Steuerlast in anderen Staaten vertheilt, für uns giebt es nur die eine Frage, kann das deutsche arbeitende Volk noch weitere Lasten ertragen? Diese Frage muß mit einem entschiedenen Nein beantwortet werden.

Sollte infolge der Feigheit unserer Bourgeoisie sich für die Militärvorlage im neuen Reichstage eine Majorität

finden, dann ist es verfluchte Pflicht und Schuldigkeit derjenigen, welche für die Militärvorlage stimmen, auch die Lasten zu tragen.

Die Sozialdemokratie wird sich jedenfalls mit aller Macht dagegen wehren, daß den Arbeitern auch die neuen Lasten aufgebürdet werden.

Wer den Militarismus für nöthig hält, trage die Kosten. Hier bietet sich für die Hammerstein und Kleist, für die Stamm und Zedlig, für die Hammacher und Benningen, für die Ricker und Brömel und für diejenigen, die sie vertreten, die schönste Gelegenheit, ihren Patriotismus zu bewahren, indem sie für eine Kostendeckung eintreten, welche nur die besitzenden Klassen trifft. Die Sozialdemokraten werden in diesem Falle ihren Patriotismus durch keinerlei Opposition fördern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Juni.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlage betreffend die auf der internationalen Sanitätskonferenz zu Dresden am 15. April d. J. unterzeichnete Uebereinkunft dem Ausschuss für Handel und Verkehr überwiesen.

Der Bericht der verstärkten Budgetkommission, betreffend den Bericht des Ministers der öffentlichen Arbeiten über die Ergebnisse des Betriebes der Preussischen Staatseisenbahnen im Betriebsjahre 1891/92, ist dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Die Kommission ist danach zu dem Antrage gelangt, das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. den Bericht des Ministers der öffentlichen Arbeiten über die Ergebnisse des Betriebes der Preussischen Staatseisenbahnen im Betriebsjahre 1891/92 für erledigt zu erklären;
2. die königliche Staatsregierung aufzufordern, den Betriebsbericht der Eisenbahn-Verwaltung in Zukunft unter möglicher Berücksichtigung der Grundlagen des Etats auszustellen und insbesondere zur Aufklärung der Abweichungen von dem Etat zu benutzen;
3. die königl. Staatsregierung aufzufordern, in dem alljährlich zu erstattenden Berichte über die Ergebnisse des Betriebes der Staatseisenbahnen thunlichst genaue Angaben über die Wirkungen der eingeführten wichtigeren Tarifermäßigungen und sonstigen wichtigeren Verkehrsvereinfachungen vorzulegen;
4. die kgl. Staatsregierung aufzufordern, die Ausgabe von direkten Fahrkarten zwischen Stationen des preussischen Staatseisenbahnnetzes, und demgemäß die Ausgabe von Rückfahrkarten thunlichst auszudehnen.

Ob's nügen wird? —

Künftliche Wahlmanoe. Nachweislich ist auch in Württemberg die amtliche Wahlbeein-

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

[17]

Vom Stamm gerissen.

Von Elise Schweichel.

Er sagte streng der Wahrheit gemäß aus und, was Frau von Kries besonders freute, er sprach von Baleska in durchaus achtungsvoller Weise, suchte sogar das Bewagte ihres Stellbichens mit ihrem Verlobten in der Inspektorwohnung nach Möglichkeit zu rechtfertigen.

Dieses offene Bekenntniß hatte er sich selbst als Buße auferlegt, und so hart es ihm ankam, er rang es sich ab. Sowohl seine Standesehre als das Bewußtsein seiner Schuld verlangten es von ihm.

Der Herr Assessor, vom feinen Lackstiefel bis zur gebrannten Färsur das Muster eines patenten Juristen, strich sich verlegen bald das blonde Schnurrbartchen, bald drehte er an seinem Siegelring, oder zog die Eden seines Stehtragens in die Höhe; er hatte eben ganz andere Dinge erwartet, und seine Bemühungen, die Aussagen des Patienten als die Folge geschwächten Gedächtnisses erscheinen zu lassen, scheiterten an dessen bestimmter Erklärung, daß er sich eines völlig klaren Bewußtseins erfreue. Endlich mußte der Assessor das Protokoll schließen, und nachdem Herr von Kries mit offener sichern Färsen seinen Namen darunter gesetzt, verließ er mit einem sehr steifen Bückling die Krankenstube. Auch lehnte er eine von Fräulein Adele ihm angebotene abermalige Erfrischung zum großen Aerger der letzteren ab, die noch alle möglichen Fragen betreffs des nun folgenden Gerichts-

verfahrens und der Strafe, die über Dettinger verhängt werden würde, an ihn zu stellen beabsichtigt hatte. Er schickte sofort seinen Schreiber nach dem Stall, um anspannen zu lassen und nahm, bis dies geschehen, den Schauplatz des Ereignisses, die Inspektorwohnung, in Augenschein. Dann setzte er sich schon im Hofe auf und fuhr davon.

Mittlerweile hatte Baleska sich in W. häuslich eingerichtet. Nach der ersten Unterredung mit dem Rechtsanwält Ehlich, an den ihr Doktor Böllner eine Empfehlung gegeben, wußte sie, daß die Sache sich in die Länge ziehen würde und suchte sich sofort eine Privatwohnung. Sie fand ein Stübchen bei einer Beamtenwitwe, einer Frau Registrator Braun. Als sie die Bettel an den Häusern einer Querstraße musterte, fiel ihr einer in einem breiten Parterrefenster auf, hinter dessen spiegelblanken Scheiben ein seltener Blumenstiel in Töpfen prangte: Blühender Kaktus, Alpenveilchen, Azaleen, Tulpen, Hyazinthen; und dahinter, von den weißen Gardinen halb verborgen, sah sie den Kopf einer älteren Frau, von einem einfachen Kullhäubchen bedeckt, sich über eine Handarbeit beugend. Die grünen Fensterläden, die grün gestrichene Thür mit ihrem spiegelblanken Messingklopper, wie er in kleineren Städten noch Sitte ist, und der weißgeschuerten Schwelle, alles dies war so einladend, daß Baleska, augenblicklich entschlossen, den Klopper in Bewegung setzte. Dieselbe Frau, die sie am Fenster gesehen, und deren sanft-freundliche Züge und ganze schlichte Persönlichkeit einen wohlthuenden Eindruck auf sie machte, erschien in der Thür; auch war es die zu dem Blumenfenster gehörige Stube, welche zu vermieten war. Frau Braun wollte sich mit ihrem jüngsten Sohn, der ihr von vier Kindern gelieben und Beherling in einer Druderei war, auf ein Hinterstübchen und die ziemlich geräumige Küche beschränken. Die kleine Pension reichte eben nicht weit, und der Sohn kostete ein

schönes Stück Geld. Der Mietpreis für die Vorderstube war äußerst bescheiden. Baleska schlug sogleich ein, und schon nach wenigen Stunden war sie die Mitbewohnerin dieser stillen, kleinbürgerlichen Häuslichkeit.

Als sie sich Abends in dem schneeweissen, nach Abenddunstenden Bette ausstreckte und Frau Braun, welche nachsehen gekommen, ob ihre Einwohnerin gut läge und Alles hätte, was sie brauchte, dies und jenes noch im Zimmer ordnete, wobei ihre Bewegungen so sanft und leise wie ihre Stimme waren, da kam es Baleska vor, als sei sie wieder daheim bei der guten theuren Mutter. Es war ein wohlthätiges und schmerzliches Gefühl zugleich. Fortgetrieben aus dem Elternhause, war sie in den Strudel des Lebens gerissen worden, es half kein Stammen und Wehren dagegen, sie mußte mit, sie konnte nicht in den Hafen zurück, den sie verlassen; andere neue Ufer lagen vor ihr, die zu gewinnen waren. Wie süß ruhte es sich daher in der stillen Nacht, in die ein mitleidiger Windstoß sie für den Augenblick getrieben!

Als Frau Braun Baleska gute Nacht wünschte, reichte ihr die Hand und zog sie an ihr Bett, und die Frau, die einmal eine Tochter besaßen, sie aber früh verloren und nie ein so schönes, junges weibliches Wesen in der Nähe betrachtet hatte, konnte sich nicht satt sehen an den feinen Händen, dem vollen zarten Arm und Busen, dem schmalen, unter dem Halbdunkel des Betthimmels fast kindlichen Köpfchen mit den prächtigen, ausdrucksvollen Augen. Ach, sie hatte gar keinen Begriff gehabt, welchen Liebreiz ein schönes, junges Weib besaße, und sie konnte sich nicht enthalten, die Hände und das Haar der neuen Hausgenossin lieblosend zu streicheln.

Ihren Bräutigam hatte Baleska nur einmal nach vielen Bemühungen ihres Rechtsanwalts sehen dürfen und natürlich in Gegenwart eines Beamten. Es war ein trauriges Wieder-

fluffung in ein System gebracht, das regelrecht arbeitet und dessen Tätigkeit durch die berufenen Erlasse des früheren Ministers Henner u. a. m. bloßgelegt worden ist. In der Kammer der Abgeordneten hat am 2. Juni der Ministerpräsident von Mittnacht „Erklärungen“ abgegeben, „betreffend die Pflichten und Rechte der Staatsbeamten bei den politischen Wahlen“. Der Antrag Hahnmann's (Volkspartei), daß den Beamten jedwede Wahlbeeinflussung zu gunsten bestimmter Kandidaten untersagt werden solle, wurde durch eine motivierte Tagesordnung des Ordnungsparteilers Göb mit 63 gegen 12 Stimmen beseitigt. Die Nationalliberalen, die Deutschpartei, die Konservativen beklagten in der Begründung ihres Beschlusses, sie seien durch die „Erklärungen“ Mittnacht's, der thätig alles beim alten beläßt, „befriedigt“. Sie können auch befriedigt sein, da ja ihnen, den militärisch-karrierenden Beamten, die Sonne der Ministerküchlein lächelt. —

Wozu kein Geld da ist. Kein Geld ist da für Aufklärung, für produktive Ausgaben, für Fortbildungsschulen, für ein Unfallmuseum, für die Verbesserung der Lage unserer kleinen Beamten. Herr Miquel, der Werber für die Militärvorlage, behauptet das Gegenteil, Herr Miquel, der Finanzminister, weiß besser Bescheid, er sagt zum hundertsten Male, daß nur der Militarismus offene Hände findet, während die Kultur Ausgaben eben ungelöst bleiben.

Die Unterrichts-Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat eine Petition um Aufbesserung der Gehälter der Strafanstalts-Lehrer der Regierung als Material überwiesen. Bei Beratung der Petition gab der Kommissar des Finanzministers, Geh. Ober-Finanzrat Behner folgende Erklärungen ab, die für die Frage der Gehaltserhöhung der Beamten überhaupt von Interesse sind:

„Die Staatsregierung ernennt eine allgemeine Aufbesserung aller Beamtengehälter als notwendig an, müsse aber wegen Mangel an Mitteln sich darauf beschränken, die Gehälter der Unterebenen und Konzelebeamten allgemein aufzubessern. Sobald es die Finanzlage des Staates gestatte, soll die festschwebende allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter fortgesetzt werden. Die Finanzverwaltung könne es aber nicht für angängig erachten, noch vor der Fortsetzung der allgemeinen Beförderungsbesserung die Gehälter einzelner Klassen der noch nicht berücksichtigten Beamtenkategorien vorweg aufzubessern, und müsse an diesem Standpunkte auch gegenüber der vorliegenden Petition festhalten. Eine solche vorwegweise Berücksichtigung einzelner Beamtenklassen werde nur zur Folge haben, daß dadurch wieder anderen Klassen zu berechtigter Unzufriedenheit und Berufungen Anlaß gegeben werde, die dann ebenfalls nicht abgewiesen werden könnten; es würde auf diese Weise ein einheitliches und planmäßiges Vorgehen unmöglich gemacht werden.“

So lange das heutige Fideleiden-System herrscht, wird die „Finanzlage“ es nie erlauben, soziale Politik zu treiben. Wegen Mangel an Mitteln wird nur Kultur- und Eisenpolitik, die Tausende von Millionen aufzehrt, getrieben werden. Kein Schwamm saugt so leicht und reichlich, wie der Moloch. —

Nur immer langsam voran. Die offiziellen „Berliner Politischen Nachrichten“ melden: Die Sonntagsruhe-Bestimmungen für Industrie und Handwerk seien soweit gefördert, daß mit dem Beginn des Juli ein weiterer von den zuständigen Behörden ins Auge gefaßter Schritt bei der Vorbereitung der Sonntagsruhe-Durchführung für Industrie und Handwerk unternommen werden kann. „Zu dem besagten Zeitpunkt“, heißt es, „sollen die Konferenzen mit den Vertretern derjenigen Berufsstände beginnen, deren Wünsche auf irgendwelche Bedenken gestossen sind. In diesen Konferenzen soll den Angehörigen der verschiedenen Gewerbezweige die Möglichkeit geboten werden, sich auch mündlich zu äußern. Die Behörden werden dadurch eingehend und genau über die einzelnen Verhältnisse unterrichtet werden. Erst wenn diese Konferenzen, welche man in der Reihenfolge der für die Berufsstatistik gewählten Gruppierung abhalten will, beendet und das dabei gewonnene Material nochmals verarbeitet sein wird, wird dem Bundesrathe ein Entwurf zu Ausführungs-Vorschriften vorgelegt werden können. Nach der Beschlußfassung über diese wird sich der Bundesrat an die Beratung der kaiserlichen Verordnung machen, durch deren Erlaß nach der letzten Gewerbe-

sehen. Dettinger bewohnte jetzt allerdings eine anständige Zelle, nachdem er eine Zeit lang mit mehreren Bagabonden ein und denselben Mann hatte theilen müssen, und auch über die Behandlung von Seiten der Gefängnisbeamten konnte er nicht klagen. Sie bewiesen ihm sogar einen gewissen Respekt. Daß er bessere Kost erhielt, dafür hatte Valeska sofort Sorge getragen, indem sie durch Herrn Ehrlich das nötige Geld einhahen ließ. Allein für Dettinger waren das alles unerhebliche Dinge. Wenn auf Einen, so pakte auf ihn das Wort Goethe's in seinem Nachruf an Schiller:

„Und hinter ihm im wesentlichen Schein
Lag, was uns alle bändiget, das Gemeine.“

Er konnte leben wie ein Anachoret, ohne daß er es fühlte, trotzdem er keineswegs für die feineren materiellen Genüsse unempfindlich war. Sein Reich war aber der Gedanke, und dieser idealen Richtung entsprach der Stoizismus, mit dem er alle äußeren Leiden ertrug. Selbst die Fahrt mit den gefesselten Händen hatte seinen Gleichmuth nicht erschüttert. Er hatte sich ganz ruhig mit dem Gendarm und dem Knecht, der sie fuhr, über solche Dinge unterhalten, die den Leuten am nächsten lagen; dabei waren sie natürlich auch auf soziale Gebiete gekommen, und da hatten ihm die Leute ihre Leiden anvertraut, über deren allgemeine Ursache er sie belehrte. Als sie in M. ankamen, waren seine Gefährten ihm so zugethan, daß sie ihm am liebsten zur Flucht verholfen hätten. Es war ihnen scheidlich, ihn abzuliefern zu müssen. Wie war dem Gendarm sein Schergenannt so schwer gefallen, und mit unterdrückten Thränen sagte er Dettinger Lebewohl.

Im Gefängniß nahm man ihm zwar die Ketten ab, aber die Gemeinschaft mit den Bagabonden, die er drei Tage lang anzustehen hatte, war eine viel größere Prüfung für ihn. In seinen Mantel gebüllt, sah er die ganze Zeit auf seiner Pritsche, das Gesicht in den Händen vergraben. Nach dem ersten Verhör wußte er, was ihm bevorstand — eine lange Untersuchungshaft und schließlich Verurteilung, ob Krieg mit dem Leben davon läme oder nicht. Er hatte offenkundige Gegner zu Richtern, welche die Gelegenheit benutzten, einen von der bestgehörten

ordnungs-Novelle die Sonntagsruhe-Bestimmungen für Industrie und Handwerk in Kraft gesetzt werden sollen.“ Gile mit Weile ist die Lösung der Sozialreform von oben, die in ihre Konferenzen keine Arbeiter beruft, die an der Sonntagsruhe wirklich interessierten Elemente also ausschließt. Die Herren Industriellen werden sich ein Leipziger Atelier von Kunstmalern zurecht machen, daß es eine wahre Lust sein wird. Die Wähler sehen, wie es mit den Regierungsreformen bestellt ist. Das bischen Schutz wird jahrelang auf die lange Bank geschoben und dann durch die Konferenzen in Grund und Boden verballhornt. —

Die deutschen Kolonialhelden zivilisiren mit Feuer und Schwert das gegen ihre Kulturthätigkeit sich sträubende wilde Afrikanervolk. In der soeben erschienenen Ausgabe der „Deutschen Kolonialblätter“ wird über eine „Strafexpedition“ berichtet, die Kapitän Spring, Lieutenant Sigl und Lieutenant Prince gegen den Suaheli Muni Witwana unternommen hat, der den Sultan Siki mit Mannschaften und Munition unterstützt, wiederholt Karawanen überfallen und nun sich mit den Wabehe in Verbindung gesetzt hatte, um die Station Uganawira zu überfallen. In dem Siegesberichte heißt es:

„Nach vierstündigem Marsch über hügeliges Terrain machte ich an einer entlegenen Stelle bis 11 Uhr Nachts Halt. Der geplante Angriff in üblicher Weise bei Sonnenaufgang schien mir, da ein Rückenangriff am Kwituru durch die Wabehe wahrscheinlich war, unseren Erfolg nicht hinreichend zu garantiren. Die Hilfsvölker verschwanden auch bis auf etwa 80 Leute. Ich beschloß daher den Feind durch nächtlichen Sturm unter Verwendung von Magnesiumfackeln zu überraschen, ließ die Lasten hier zurück und trat sofort in aller Stille den Weitermarsch an. Um 3 Uhr besanden wir uns vor der Ostfront des Kwituru. Es gelang, die Sturmleuten unbemerkt an die Zembwand zu legen. Dann kommandirte ich Sturm, der in der angeordneten Weise, wie der Plan zeigt, mit „Zeit gefaßt!“ bis 80 Meter heran, dann „Marsch, Marsch, hurrah!“ auf die Zembe hinaus erfolgte. Der mit folgende Gewehrdräger erhielt sofort einen Pfeilschuß, in kürzester Zeit aber waren alle Truppen auf dem Zembdach und eröffneten ein heftiges Schußfeuer. Die Fackeln beleuchteten ein wirres Durcheinander der Feinde in den Höfen. Ich ließ daher das Feuer nach kaum einer Minute einstellen und setzte den weiteren Sturm in vier getrennten Zügen an, Diktation die in Hadeschein sichtbar gewesene Fackelstange. Ohne Zaudern sprangen die Subanen von den fast 3 Meter hohen Zemben in die Döse; die Inassen liefen blindlings davon und fielen theilweise den Hilfsmannschaften draußen in die Hände, welche die Zembe mittlerweile umgangen hatten und die Verwirrung durch Geschrei erhöhten. In der besondern Zembe des Witwana kam es zu einem kurzen Handgemenge, wobei drei weitere Leute, darunter der Kapitän Spring, verletzt wurden. Innerhalb zehn Minuten war das Kwituru vom Feinde gesäubert, Muni Witwana und sein Vater durch den ersten und zweiten Halbtag, welche allen Vorgesungen, vermundet und gefangen. Nach kurzem Verhör ließ ich Beide hinrichten, die Zembe in vorläufig hinreichendem Maße in Brand stecken. Dann sammelte ich die Truppe und wartete, eines Angriffs gewärtig, Sonnenaufgang ab. Etwa fünfzig Tode lagen am Plage. Von den Regulären der Schutztruppe war niemand verletzt. Die Einrichtung Muni Witwana's hatte die Organisation des Feindes getroffen und von allen Seiten brachten die benachbarten Ortschaften, ihre Unterwerfung darzutun, Eisenblei und Vieh an.“

Wer zweifelt daran, daß diese schneidigen Thaten die christlich-deutsche Kultur unter die Schwarzen tragen und dem Deutschen Reich den Ruhm verschaffen, die Bestätigung, die Aufklärung, den Frieden unter die Wilden zu tragen? —

Auch ein Zeichen der Zeit. Auf Veranlassung der Regierung hat der Rädleheimer Magistrat eine Vorlage über Errichtung einer Fortbildungsschule der Stadtverordneten-Versammlung zur Genehmigung unterbreitet. Die geplante Schule sollte zunächst nur zwei Jahrgänge, vom 14 bis zum 16. Lebensjahre, umfassen. Die Kosten waren einschließlich eines möglichen Staatszuschusses auf 1200 M. berechnet. Die Stadtverordneten-Versammlung hat jedoch mit Rücksicht auf die schwere Steuerlast — 160 pCt. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer — den Plan zur Zeit nicht genehmigt. —

Die bayerischen Landtagswahlen. Nach Beschluß vom 31. Mai wurde der Landtag geschlossen. Als Termin für die Urwahlen wurde der 6. Juli, für die Abgeordnetenwahlen der 12. Juli anberaumt. Unsere bayerischen Genossen können also das Eisen gleich im Feuer behalten und an das hoffentlich fröhliche Ende des Reichs-

Partei ihre Macht fühlen zu lassen. Die eigene Zelle und ein Fettel von Valeska, den er durch Vermittelung ihres Rechtsanwaltes erhielt und aus dem er ihre Anwesenheit in M. erfuhr, richteten unseren Philosophen jedoch gleich wieder, auf und Valeska fand ihn bei ihrer ersten Begegnung so ruhig und gefaßt, daß sie zur Bewunderung hingerissen wurde.

Auch sie war auf Begehrt ihres Rechtsbestandes vernommen worden, da sie indessen Dettinger so nahe stand und nur zu seinen Gunsten aussagen konnte, so behandelte man ihr Zeugniß als von keinem Belang. Alles, hieß es, läme auf die Aussagen des Schwereverletzten an, dessen Genesung abgewartet werden müßte.

So standen die Sachen gegen Ende April. Valeska hatte gleich nach ihrer Ankunft in M. nach Hause geschrieben und ihren veränderten Aufenthalt, sowie die Ursache desselben angezeigt, zugleich mit dem bestimmten Entschluß, den Ausgang der Sache daselbst abzuwarten. „Der Vater hat mich aus dem Hause geschickt und mich damit mündig gesprochen“, schrieb sie. „Ich habe jetzt mein Leben selbst in die Hand genommen. Ich fordere die Selbstbestimmung als mein gutes Recht.“

Aber diese trotigen Worte galten dem Vater, der scharf bearbeitet sein wollte.

Für die Mutter hatte sie einen weichen Ton; da sprach das Herz des liebenden Weibes, das an ein anderes liebendes Herz appellirte.

Herr Stern war anfangs wie ein donnernder Jupiter. „Sie soll zurück. Sie muß zurück“, schrie er, als er nur die ersten Zeilen gelesen hatte. Aber je weiter er las, desto stiller wurde er, und endlich brach er in ein lautes Gelächter aus. Seine Frau und Luffy begriffen nicht, was ihn so erheitern konnte, denn sie hatten den Brief schon vorher gelesen und nur höchst Betrüübendes darin gefunden. Aber sie waren eben Frauenzimmer, wie Herr Stern sagte, die keine Freunde haben konnten an der famosen Szene zwischen Dettinger und Herrn von Kries. Der geodreißigte Junker machte ihm tausend Spaß, und die männliche Haltung Dettinger's flößte ihm förmlich Respekt ein. Zudem war die ganze Geschichte ein Stück Romantik, es schmeichelte ihm

tagswahlkampfes den fröhlichen Anfang der Landtagswahlagitaton knüpfen. Glückauf! —

Herr Baumbach hat der „Neuen Fraktion“ des Herrenhauses, die ihm wegen der Herbetts-Geschichte den Stuhl vor die Thür gesetzt hat, einen echt Baumbach'schen Brief geschrieben, worin er das gesammte Gesagte zum ersten Male wiederholt, über die böse Presse, die ihm in die Parade gefahren sei, bitterlich klagt und erklärt, daß er „war auf die Zugehörigkeit zu der Neuen Fraktion keinen besonderen Werth lege“, daß „er aber auf der anderen Seite durchaus nicht einzusehen vermöge, inwiefern die neue Fraktion dazu berufen wäre, über sein Verhalten in dem „Fall Herbetts“ ein Urtheil zu fällen“. Der Säkularest-Wadelstrumpf findet auch diesmal das richtige Wort nicht, wie das so Brauch bei einem Manne, dem sogar die streng monarchische „Kreuz-Zeitung“ schmählichen Byzantinismus vorwerfen konnte, damals als er das Glend der Arbeiterkinder in der Industrie mit der frivolsten Plebensart abfertigte, daß auch die Hohenzollernkinder ein Handwerk lernten. So girt auch heute der höfische Rede der „Freisinnigen Volkspartei“, schmelzende Wehmuth im Blick, sein Klagegelieb an die „Neue Fraktion“, der auch seine deutschfreisinnigen Genesungsgenossen und Berißt ollegen Belle und Bender, die Ober-Bürgermeister Berlin's und Breslau's, angehören. Uns genügt es festzustellen, daß der Held der Baumbachade sich bis auf die Knochen blamirt hat. Von der Flucht Baumbach's nach Danzig am 4. Mai zur „Verständigungs“-Legie im „Berliner Tageblatt“, von da zum entschiedenen Uebergang in das Lager der „freisinnigen Volkspartei“, taumelt der auf dem Boden des Hof-Parquets wie auf dem strengen Boden der Politik gleich unsichere Landrath a. D. aus einer Niederlage in die andere hinein. Auf die Herbetts-Rede die Schlappe der Herbetts-Briefe, dann der klägliche Zusammenstoß mit der Petrefakten-Gruppe des Herrenhauses. Es wird wenig Leute geben, die in so kurzer Frist so oft entgleisen. Zum mindesten werden die Wähler des fünften Berliner Wahlkreises es beherzigen, daß der ihnen vom Großnegelbewahrer des Deutschfreisinn als ein Wesen, „sein Engel ist so rein“, ans Herz Gelegte Eines versteht, auf lange Zeit die Kosten der despektirlichen öffentlichen Auflebung zu decken. —

Vom Bohloft. Vor dem Schöffengericht in Eberfeld fand am 30. Mai eine Verhandlung in Sachen des im vorigen Jahre von mehreren Eberfelder Genossen inficirten Bierbohlotts statt. Angeklagt waren neun Mitglieder der Bohloftkommission wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung. Die Angeklagten sollten sich eines strafbaren Zwanges auf die Birthe und Brauereibesitzer schuldig gemacht haben. Der Verteidiger, Genosse Rechtsanwalt Landé, führte aus, daß im vorliegenden Falle von einem im Sinne des § 152 der Gewerbe-Ordnung strafbaren Zwange keine Rede sein könne. Nach § 152 der Gewerbe-Ordnung seien Vereinigungen behufs Erlangung von günstigeren Arbeitsbedingungen gestattet. § 153 bedrohe nur den Zwang mit Strafe, welcher ausgeübt werde, um einen Beitritt zu der Vereinigung zu erzielen. Im anderen Falle sei der § 152 der Gewerbe-Ordnung illusorisch. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und sprach sämtliche Angeklagte kostenlos frei. —

Herr Alexander Meyer, der Halle'sche Mischmasch-kandidat, für den Wadelstrumpfe, Nationalliberale und andere Ordnungsparteien sich mannesmuthig in die Arme stürzen wollen, hat in seiner Kandidatenrede allerlei Erbauliches über den tapferen Deutschfreisinn ausgeplaudert. Nach Dr. Meyer konnte Nichts im Namen von vielen in der Fraktionsitzung schon bald nach Einbringung der Vorlage erklären, sich schlechthin an eine gewisse Präsenzliste nicht binden zu wollen, mit dem Vorbehalte, nach seiner eigenen Ueberzeugung zu stimmen.

Wir sagten uns damals, daß eine Auflösung um dieser Frage willen etwas höchst Schädliches sein würde, daß wir daher alles thun mühten, um sie zu vermeiden, daß bei einer Auflösung nur die trüben Elemente nach oben kommen würden. Wir mußten, eine Auflösung war nur dann zu vermeiden, wenn wir der Regierung einen annehmbareren Vermittelungsorschlag machten, aber wir verhielten uns schweigend, um in dieser

beinahe, daß Valeska eine Rolle darin gespielt hatte. Er war stolz auf sie, stolz auf Dettinger. Auch war er Menschenkennner genug, um das plötzliche Erscheinen des Gutsheeren in der Inspektorwohnung auf die richtige Ursache zurückzuführen, auf Verliebtheit und Eifersucht, es war ihm also recht geschehen, und alles zusammen stimmte ihn für Valeska's Plan, in M. auszuhalten, immer günstiger. Er, von dem sie den größten Widerstand gesucht hatte, redete ihr bei der Mutter das Wort.

Diese sah sich jetzt ganz verloren. Sie hatte im Stillen auf den Nachspruch des Vaters gehofft, denn sie mußte, daß all' ihr Bitten, heimzukehren, Valeska nicht dazu bewegen würde. O, diese unselbige Liebe, sie hatte ihr Kind ihr auf immer entrißen!

„Mutter“, sagte Luffy ernst, indem sich ihre Wangen höher färbten, „ich denke, Valeska thut recht. Wenn man einen liebt, muß man in der Noth zu ihm stehen. Zu der Bibel steht: Die Frau soll Vater und Mutter verlassen und dem Manne anhangen.“

„Dummes Kind, das Du bist! was weißt Du von der Liebe? Und in der Bibel steht gerade das Gegentheil: der Mann soll Vater und Mutter verlassen, und das ist auch das Richtige. Der braucht die Eltern nicht. Aber ein junges Mädchen und so schön wie unsere Valeska, ganz allein an einem fremden Ort!“

„Sie ist ja bei der guten Frau Braun, die für sie —“ „Schweig mir!“ rief die Mutter aufgebracht. „Gott im Himmel, auch Du bist gegen mich. Die erste, beste Frau Braun oder Frau Schwarz kann also nach Deiner Meinung die Mutter ersetzen? Lobut es da wohl der Mähe, Kinder zu erziehen?“

Sie brach in ein hysterisches Weinen aus. Frau Stern hatte den ganzen Winter gekränkelt. Die jahrelangen Sorgen und Entbehrungen, der ewige, offene und heimliche eheliche Krieg rächten sich an ihrer Gesundheit, deren Berrüttung der Gram um Valeska vollendete.

(Fortsetzung folgt.)

Weise die Regierung zu Konzessionen geneigter zu machen. Es ist allerdings dadurch nur erreicht worden, daß die Regierung nach langem Widerstreben mit ihren Konzessionen bis auf den Antrag Duens herabging, für den eine Mehrheit nicht zu gewinnen war. Insofern hat sich also unsere Taktik als eine verfehlte erwiesen. Nun denken Sie sich einmal, wir hätten anders gehandelt, wir wären schon im November so offen mit unserer Ansicht hervorgetreten, dann würde man uns den Vorwurf gemacht haben: ihr ermuhtigt ja die Regierung, weil mehr zu fordern, als nötig ist, ihr hindert sie ja, Konzessionen zu machen, da sie eure Bereitwilligkeit auch ohne dies hat."

Die so lange den Wählern vorgefabelte „Einigkeit“ war von Anfang an nicht vorhanden, die Freunde des Ruhhandels waren zahlreich, nur trauten sie sich nicht heraus. Und das nennt sich Gegner des Militarismus. —

Der Schiff. Man schreibt uns: Die „Elsflether Nachrichten“ berichten kürzlich, daß am 6. Mai in Bremen die Sektionsversammlung der Seebereitschaft tagte, welche nur von zehn Mitgliedern besucht war und zwar darunter vier Vorstandsmitglieder und zwei Revisoren. Die Wahl ergab die Wieder- resp. Eigenwahl der alten Vorstandsmitglieder, nämlich des Direktors Ahlers in Bremen, des Senators (Mitgliedes der bremischen Staatsregierung) Wessels in Bremen und des Verfassers des „Leiderbriefes“ (Hugo und Rebecca) Adolf Schiff aus Elsfleth. Am 20. Mai fand dann die jährlich den Sitzungsort wechselnde Genossenschafts-Versammlung in Elsfleth unter Vorsitz des Abheders und Großkaufmanns Laiesz aus Hamburg statt. Durch Zufall wurde der Vorstand gewählt, darunter auch Adolf Schiff aus Elsfleth. So wird's gemacht. Ein solcher Wiederkehrer muß in Amt und Ehren und namentlich in fetten Pfänden bleiben. Obgleich Elsfleth's Existenz fast ganz von Schiffahrt und Abhederei abhängt, nahm die Bevölkerung fast gar keine Notiz von den 40—50 von auswärtig erschienenen Genossenschaftsmitgliedern. Nur zwei bis drei Freunde des Schiff nahmen teil. Es verlief alles in ruhiger Weise und so verlautet denn weder in den „Elsflether Nachrichten“, noch in der „Weser-Zeitung“ auch nur ein einziges Wort über die Versammlung. —

Ueber das allgemeine Wahlrecht schreibt Professor Delbrück, der bekannte freikonervative Eingänger, im Juni-Feste der „Preussischen Jahrbücher“: „Die Mitglieder der höheren Klassen, welche sich in dem Gedanken wiegen, wie bequem es wäre, die untern Klassen von der politischen Macht auszuschließen, mögen nicht etwa meinen, daß diese Revolution ihnen zu gute kommen würde. Nach dem allgemeinen Stimmrecht bleibt nur noch der Jazarismus übrig; nicht einer konstitutionellen Regierung der höheren Klassen, sondern allein dem Absolutismus würde das demokratische Parlament weichen.“ —

Die französische Kammer hat die Wahlkreis-Vorlage angenommen und beschlossen, daß nur vom Staat besoldete Beamte und Geistliche nicht als Deputierte gewählt werden könnten. — Dadurch schwingelt sie die bezahlten Agenten der großen Banken, der Eisenbahn-Gesellschaften und Syndikate, denen man anfänglich die Thür der Deputiertenkammer sperren wollte, wieder ins Parlament. Genügt hätte das allgemeine Verbot auch nichts, es wäre umgangen worden. —

England. Das Unterhaus hat mit 241 gegen 203 Stimmen einen Antrag Arnold Forsters auf Vertagung des Hauses verworfen. Der Antrag bezweckte, gegen die Steigerung von Verbrechen in gewissen Teilen Irlands zu protestieren und die Regierung zu tabeln, weil sie keine Maßregeln dagegen ergriffen. Der Chefsekretär des Lord-Lieutenants von Irland, Morley, verteidigte die Regierung und erklärte, die agrarischen Verbrechen hätten seit dem Amtsantritt des gegenwärtigen Kabinetts abgenommen. —

Zu weiteren Verläufe der Sitzung entspann sich eine lebhafteste Debatte über das von Wyndham zum § 3 der Pomerule-Bill vorgeschlagene Amendement, das der irischen Legislatur die Kontrolle der Polizei entzieht. Balfour behauptete, die Legislatur könne durch Ausübung solcher Kontrollen militärische Streitkräfte schaffen, die eine Gefahr für England einschließen. Gladstone gab schließlich zu, daß die irische Legislatur nicht in der Lage sein dürfe, eine solche Streitmacht zu schaffen, und erklärte gleichzeitig, daß er an gehöriger Stelle ein Amendement vorzuschlagen werde. Balfour erklärte sich damit einverstanden. Hierauf wurde das Amendement Wyndham's ohne besondere Abstimmung abgelehnt. —

Towndend, der geistesranke Gladstone „Attentäter“ ist freigesprochen, für unzurechnungsfähig erklärt und in ein Irrenhaus gebracht worden. —

Belgisches. Die belgische Kammer beriet die Verfassungsrevisions-Vorlage und beschloß mit 98 gegen 84 Stimmen, daß die Stimmenabgabe bei den Wahlen eine obligatorische sein solle mit Ausnahme der vom Gesetz zu bestimmenden Fälle. Die Kammer hat ferner mit 101 gegen 21 Stimmen den Artikel 48 der Konstitution in folgender Fassung angenommen: Die Zusammensetzung der Wahlkörper erfolgt für die einzelnen Arrondissements durch Gesetz. Die Stimmabgabe findet in der Gemeinde statt. — Die Center Sozialisten feierten ihren Sieg — sie haben, wie wir schon meldeten, bei den Wahlen zum Rath für Industrie und Arbeit, einer oberen Instanz für gewerbliche Streitigkeiten ihre Gegner geschlagen — durch Straßenkundgebungen. Drei Polizisten, welche nach bedenktem Dienste in einem Wirthshaus saßen, wurden von einigen Arbeitern erkannt und sofort hinausgeworfen. Auf der Straße entspann sich dann, wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, eine Prügelei, während derer die Polizisten ihre Revolver abfeuerten, wobei ein Arbeiter schwer verletzt wurde. Die Polizisten hatten gar nicht mehr das Recht, ihre Revolver zu tragen und sind alle drei sofort verhaftet worden. —

Die Wahlergebnisse in Serbien. In die Stupschina sind 120 Radikale, 10 Fortschrittler und 1 Liberaler gewählt worden. In drei Wahlkreisen werden Stichwahlen vorgenommen. Insgesamt wurden 208 932 radikale und 26 012 fortschrittliche Stimmen abgegeben, sonach 6000 Stimmen weniger als bei den Wahlen am 9. März.

Parteinachrichten.

Die Parteigenossen werden ersucht, von allen Flugblättern Broschüren oder Plakaten etc., welche als Parteikundgebungen zu den jetzigen Wahlen von unsrer und den gegnerischen Parteien veröffentlicht werden, je zwei Exemplare an das Partei-Archiv unter Kreuzband einzusenden. Adresse: Albin Gerisch, Berlin, Raghbachstr. 9.

Die Wahlkomitees der Provinz Brandenburg werden ersucht, umgehend die Zahl der gewünschten polnischen Flugblätter dem unterzeichneten Komitee einzusenden, damit diese rechtzeitig verteilt werden können. Zentral-Wahlkomitee der Provinz Brandenburg. J. A. G. Koopmann, Adresse Verlag des „Vorwärts“.

Aus Böhln im Ober-Elsass wird uns mitgetheilt: Am 24. April sollte eine öffentliche Versammlung stattfinden, in welcher man die Bedeutung der Waise besprechen wollte. Die Behörde erlaubte es nicht. Es wurde dann eine Volksversammlung einberufen, deren Tagesordnung lautet sollte: Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Auch diese Versammlung durfte nicht abgehalten werden. Am 30. April, wo die Versammlung hätte stattfinden sollen, legten die Wähler Genossen auf den Gräbern zweier verstorbenen Vorläufer der hiesigen Sozialdemokratie je einen Kranz nieder. Die Kränze trugen in braunrothen Buchstaben die Inschriften: „Zur Erinnerung an den 1. Mai 1893“ und „Solidarität“. Die Kränze wurden in der Nacht vom 22. zum 23. Mai von einem Grabhändler gestohlen und auf einen Kirchbaum geschleudert, der 400 Meter von den Gräbern entfernt steht. Das Wort „Solidarität“ war aus der Inschrift herausgerissen, die Buchstaben lagen unter dem Baume auf der Erde. Ueber die intellektuellen Urheber der Grabhändlung ist man hier nicht im Zweifel. Schried doch ein in Wäldern erscheinendes katholisches Blatt einige Tage nach der Niederlegung der Kränze auf den Gräbern angeführt, wenn einige rechte Männer in Böhln wären, so würden sie die Kränze zum Kirchhof hinauswerfen. Die Anzeige von der Grabhändlung ist beim Gemeindevorstand sofort gemacht worden. Wir sind immerhin etwas gespannt darauf, was die Untersuchung für ein Ergebnis haben wird. Daß der behördliche Apparat in feierlichster Thätigkeit ist, obwohl es sich nur um die Schändung der Gräber von Sozialdemokraten handelt, ist natürlich in Böhln selbstverständlich. Als letztes aus Böhln sei noch mitgetheilt, daß dem Genossen Michael Wildstein die Wirthschaft behördlich geschlossen wurde, weil die Genossen bei ihm „Sitzungen“ abgehalten haben sollen. Die Wirthschaft ist heute noch geschlossen. Weiter wird es die Genossen in „Alt-Deutschland“ eigenthümlich verfahren, daß uns die Wirthschaft am 1. Mai nicht zu trinken geben durften. Alles in allem genommen, kommen wir elsass-lothringischen Arbeiter uns vor, als wären wir nicht Bürger des Deutschen Reichs, sondern Angehörige einer russischen Provinz. Wann werden diese unerträglichen Zustände enden?

Anlässlich der jetzigen Wahlbewegung gehen der deutschen Sozialdemokratie jeden Tag neue Bekundungen des internationalen Solidaritätsgedankens zu, daß die Klassenbewusste Arbeiterschaft aller Länder mit einander verbindet. Der Generalrath der rumänischen Arbeiterpartei, die erst jüngst auf ihrem von 62 Delegirten besuchten Kongress sich reorganisierte, hat mit den herzlichsten Glückwünschen für den Sieg der deutschen Sozialdemokratie zugleich 300 Fr. für den Wahlfonds übersandt. Das Exekutivkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Nordamerikas, das sofort nach Auflösung des Reichstags die deutschen Genossen in Amerika zur Einleitung von Sammlungen für den Wahlfonds angefordert hat, ist bereits in der Lage gewesen, der deutschen Partei die erste Rate dieser Sammlung in der Höhe von 600 Dollars zu übergeben. Genoss haben die in der „Union socialiste révolutionnaire“ des 6. Pariser Arrondissements vereinigten französischen Genossen eine Adresse übersandt, worin sie die Einigkeit der französischen Sozialdemokratie mit der deutschen im Kampfe gegen den Militarismus, für den allgemeinen Völkerfrieden betonen und die Hoffnung ausdrücken, der 15. Juni werde die Zahl der sozialistischen Reichstags-Abgeordneten ganz vervielfachen und zurückwirken auf die Bruderparteien der anderen Länder und diese begehrt zum Kampfe wider den gemeinsamen Feind: den Kapitalismus, für das gemeinsame Ziel: die Abschaffung der Ausbeutung der Menschen durch die Menschen! Auch die österreichischen Genossen haben durch ihre Parteiverretter den deutschen Genossen, mit denen sie in guten und bösen Tagen treue Kampfgenossenschaft gehalten haben, die besten Glückwünsche zum Wahlkampf gesandt, ein Kampf, den zu führen unseren österreichischen Genossen bisher noch immer verwehrt ist, so daß sie mit doppeltem Interesse unserem Kampfe folgen: „In mehr als einem Sinne kämpft Ihr also auch für uns Oesterreicher! Zwei Millionen sozialdemokratischer Stimmen in Deutschland dürften denn doch auch den Staatsmännern Oesterreichs die Frage vorlegen, ob sie die Macht haben, auf die Dauer einen so riesigen Theil des Volkes mit Gewalt niederzuhalten und murrend zu machen.“

Die deutschen Genossen werden ihren Dank für diese Sympathiebezeugungen den ausländischen Bruderparteien am besten damit bekundend, daß sie durch ihre unermüdete Thätigkeit bis zum Wahltag alles aufbieten, die Hoffnungen unserer Freunde noch zu übertreffen, und so den 15. Juni zu einem Siegestage des internationalen Klassenbewussten Proletariats machen!

Ueber die Waiseier in Sao Paulo in Brasilien theilt ein Genosse in einem Privatbriefe folgendes mit: Mit Hilfe des Arbeitervereins in Sao Paulo hatte sich ein internationales Komitee gebildet, das das Arrangement der Waiseier in die Hand nahm. In der Woche zuvor erschienen in den Zeitungen Aufrufe an die Arbeiter, und am Sonnabend und Sonntag waren an allen Straßenenden tothe Plakate angehängt, in denen die Bedeutung des 1. Mai in vier Sprachen (Deutsch, Italienisch, Portugiesisch und Französisch) aus einander gesetzt war. Am 1. Mai, Mittags 12 1/2 Uhr, versammelten sich die Mannifestanten in der „Praça“, um 1 Uhr war Umzug durch die Stadt, an dem über 1000 Personen theilnahmen, voran ein Musikchor und eine 9 Meter lange rote Fahne. An den Umzug schloß sich ein gemüthliches Beisammensein und Abends war Tanz. Polizeispizel oder Anarchisten haben wieder ihr möglichstes gethan, um die Sache der Arbeiter zu schädigen. Es wurden Nachts zwischen 12 1/2 und 1 Uhr in drei Häuser Dynamitbomben geworfen. Menschenleben sind nicht zu beklagen, aber die Häuser sind sehr beschädigt. — Zur Reichstagswahl schreibt derselbe Genosse: Der Reichstag ist aufgelöst? Das wird eine sehr interessante Wahl werden. Hoffentlich thun die deutschen Arbeiter ihr möglichstes, damit wahre Volksovertreter und keine Volkszerreuter gewählt werden!

Die Reichstagswahlen.

Offizielle sozialdemokratische Reichstags-Kandidaturen. Heiligenstadt: Worbis: Buchdrucker Matthias Galdenberg in Erfurt. Gmden-Norden, Aurich, Wittmund, Oldenburg-Läden (im Großherzogthum Oldenburg) und Westerbude: Jever: Buchdruckermeister Hug in Bant.

Bürgerliche Kandidaturen. Eibersfeld: Stadtverordneter Georg in Eibersfeld (H). Stralsund: von Reußel

(H), Kartellkandidat der R und N, Freiherr von Langen (H). 26 Wendenberg: Landrath von Hollaender (H), Rektor Klopsch (H). Breslau-Ost: Postassistent Schulze (H). Breslau-West: Dr. Pfister (H). 1. Braunschweig: Professor Blaus, Kartell. 2. Braunschweig: Schrader (H), Kreisdirektor Orth (H), Schwelbungen, H. D. Landw. 3. Braunschweig: von Bar, deutschfreisinnig. Kreisdirektor Krüger, Kartell der R und N. Homburg-Kusel: von Marquardsen (H), Fagbauer in Hlna, Handwerkerverband. Fürth: Bierbrauer Gvoora (Volkspartei).

Auch am Sonntag darf der Vertheilung von Flugblättern und Stimmzetteln keinerlei polizeiliches Hinderniß entgegengestellt werden. Nach § 43 der Gewerbeordnung bedarf überhaupt niemand in dieser Wahlzeit zur Vertheilung von Stimmzetteln und Flugblättern einer polizeilichen Erlaubniß. Jedermann ist berechtigt, solche Stimmzettel und Flugblätter nicht bloß im eigenen Wohnort, sondern auch an fremden Orten, auf den Straßen, den öffentlichen Plätzen, in öffentlichen Lokalen oder durch Umhertragen von Haus zu Haus zu vertheilen. Ein Polizeibeamter, der sich dem widersetzen wollte, handelt gesetzwidrig und stellt die Gültigkeit der Wahl in Frage. Auch die polizeilichen Bestimmungen über die Sonntagsfeier stehen solcher Vertheilung von Stimmzetteln und Flugblättern nicht entgegen. Das Reichsgesetz, welches die Vertheilung uneingeschränkt gestattet, geht allen etwaigen Lokalgesetzen und Verordnungen unbedingt vor. Die Bestimmungen des § 43 der Reichs-Gewerbe-Ordnung lauten (Alinea 3 und 4): Zur Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gesetzgebenden Körpern ist eine polizeiliche Erlaubniß in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltags bis zur Beendigung des Wahlaktes nicht erforderlich. Dasselbe gilt auch bezüglich der nichtgewerbmäßigen Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken.

Die Antisemiten werden von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wie folgt geriffelt: „Die „Staatsbürger-Zeitung“ hat kürzlich eine 96 Namen umfassende Liste antisemitischer Kandidaten veröffentlicht, und die Blätter haben, ohne dieselbe näher zu prüfen, verzeichnet, in so und so vielen Wahlkreisen finde ein antisemitischer Wettbewerb statt, und haben sich über den Umfang desselben entrichtet. Prüft man jedoch die Liste der „Staatsbürger-Zeitung“ genauer, so findet man, daß dieselbe künstlich in die Länge gezogen ist, indem nicht nur für denselben Wahlkreis verschiedene Kandidaten darin benannt sind, sondern auch mehrfach derselbe Wahlkreis unter verschiedenen Namen mit denselben Kandidaten darin figurirt, wie denn endlich auch eine ganze Reihe von Kandidaturen als schlechtweg antisemitische aufgeführt sind, die von anderen Parteien ausgehend, lediglich sich der antisemitischen Unterstüßung erfreuen. Zeugt auch die Kandidatenliste der „Staatsbürger-Zeitung“ für die dem Antisemitenthum eigenthümliche Zerfahrenheit, so läßt sie andererseits erkennen, wie man bemüht ist, den Thatbestand aufzuklären, und darauf schließen, daß die antisemitischen Bäume nicht allzu hoch wachsen werden.“

Wahlspäße. Das „Deutsche Adelsblatt“, Organ der Deutschen Adelsgenossenschaft, veröffentlicht einen Aufsatz: Der Edelmann als Mitbürger und Volksfreund, worin es heißt:

„Um jenen Einfluß zu erlangen, das Vertrauen unserer Mitbürger zu gewinnen, müssen wir uns direkt ans Volk wenden, in dasselbe hineingehen; müssen wir zuerst zu ihm kommen, dann wird es auch zu uns kommen. Es ist unser großer Fehler gewesen, daß wir bisher viel zu wenig uns um dasselbe bekümmert, für die gute Sache nicht genug Propaganda gemacht, viel zu wenig gearbeitet und agitiert haben. Wir dürfen das Volk nicht, wie bisher, thatenlos seinem Verderben überlassen, sondern müssen in Zukunft offensiv vorgehen, die Feinde auf ihrem eigenen Gebiete und mit ihren eigenen Waffen bekämpfen. Diese modernen Mittel zur Beeinflussung und Gewinnung der Massen sind: Gründung von Christlichen und konservativen Vereinen, aber die volksfreundlichen Ziele der Konservativen aufklärende Vorträge und Ansprachen, Benutzung der Großmacht Presse und vor allem Volksversammlungen. Alle diese ursprünglich demokratischen, jezt aber völlig legalen Agitationsmittel müssen auch wir in Zukunft viel ausgiebiger benutzen; sie sind fast die einzige Möglichkeit, um auf die Massen einzuwirken und zum Ohr und Herzen des Volkes zu gelangen. Das will manchen Aristokraten als seiner unwürdig erscheinen; dennoch aber ist es unumgänglich zur Wiedererweckung der Volksseele. Das Versammlungsrecht ist zur Theilnahme pflicht geworden; das Arronschiff der Zeit und des Parlamentarismus erfordert es unbedingt. Wir dürfen nicht unthätig zusehen, daß unser Volk umkomme und seinen Verführern anheimfalle.“

Wir wollen den zwerchschütternden Eindruck dieses „Edelmanns“ Alles nicht durch eine Randbemerkung abschwächen. Keinen ergötzlicheren Narren zählt das „Narrenschiff der Zeit“.

Ueber die Sozialdemokratie und die Wahlen schreibt die „Post“:

„Fast man alles in allem zusammen, so bietet der Gang der Wahlbewegung den Sozialdemokraten, selbst wenn ihre Zahl an sich sich nicht gehoben hat, bessere Aussichten, als sie 1890 hatten. Man wird also gut thun, mit der Möglichkeit oder selbst der Wahrscheinlichkeit einer nicht unerheblichen Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten zu rechnen. Es ist dies der einzige einigermaßen sichere Schluss, welcher sich aus dem bisherigen Gange der Wahlbewegung ziehen läßt. Vieles, was sich die Aussichten der Anhänger der Deereverstärkung sehr viel günstiger an, als bei der Auflösung angenommen wurde. Ob aber nicht doch noch mehrfach unliebsame Ueber-raschungen eintreten werden, ist eine der vielen Fragen auf dem Gebiete der jetzigen Wahlbewegung, welche sich vorerst nicht mit Sicherheit beantworten lassen.“

Leipzig. Hans Blum hat sich's überlegt, daß im Leipziger Landkreise keine Vorbeeren zu holen sind. Dr. Ferdinand Goebe, der sich so gut wie möglich auf Kurieren versteht, hat dem Hans die Durchfallsbeschwerden erleichtert; er weiß jedenfalls, was er 1890 bei seinem Durchfall ausgehandelt hat. Deshalb hat er seinem Freund Hans den Vorschlag gemacht, seine Kandidatur zu gunsten des Herrn Liebermann aus Sonnenberg zurückzuziehen, falls der Bund der Landwirthe nicht die segnende Hand von Liebermann zurückzieht. Als Kuriosum sei hier mitgetheilt, daß Liebermann hier dem Bund der Landwirthe um die Nase geht, während der Bund der Landwirthe seines 1890er Wahlkreises (Freiglar-Homburg) ihm — wie die „Kreuz-Zeitung“ meldet — einen besonderen Kandidaten entgegen gestellt hat. Und Herr Liebermann schreibt auf seinem Freiglarer Wahlaufzug, daß er Mitglied des Bundes der Landwirthe sei. Allein dies alles will nicht stehen; die Bauern scheinen ihn besser zu kennen. — In der heutigen Abendnummer bringt die „Leipziger Zeitung“ einen Aufruf des Freiherrn v. Friesen, worin er seine Genossinnen auffordert, für Liebermann zu agitieren. Da können sich die Nationalliberalen wieder hinter den Ohren kratzen! —

Für den freikonserватiven Agrarier Schulz-Lupis, Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, Reichstagskandidaten für Gardelegen, macht das deutschfreisinnige „Berliner Tageblatt“ die heftigste Propaganda! Gegen Schulz-Lupis ist ein konservativer Kandidat aufgestellt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 3. Juni. Opernhaus. Falstaff. Neues Theater. Ein Schritt vom Wege. Berliner Theater. Graf Waldemar. Residenz-Theater. Hatterjucht (La Papillonne). Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Angot, die Tochter der Halle. Proll's Theater. Die lustigen Weiber von Windsor. Viktoria-Theater. Frau Venus. National-Theater. Die neue Militärvorlage. Alexanderplatz-Theater. Die Directrice. Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Novität! Zum 1. Male: Novität! Die neue Militärvorlage. Große Fosse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Adolph Steincke. Regie: Max Samit. Aufführung 5 1/2 Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr. Im Garten: Gr. Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung ersten Ranges. Größtes Spezialitäten-Programm der Residenz. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.

Im Parterre lebend ausgestellt: 1 Pferd aus Californien. Mähne 14 Fuß. Schweif 12 Fuß. Werth 200 000 Mk. Vorm. 11 bis Abends 9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Neu: Der Tod als Erlöser. Neu: Die Schrecken des Meeres. Bauern-Aufstand! Musik. Vorstellungen. Irrgarten. — Schreckenkammer.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Im prachtv. Sommergarten täglich. Gr. Garten-Concert und Spezialitäten-Vorstellung. Bei ungünstigem Wetter findet die Vorstellung im Saale statt. Anfang: Sonntag 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Gratweil'sche Bierhallen.

Kommandantenstr. 77-79. Täglich: Auftreten der Leipziger Sängervom Krystall-Palast. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf. Anf. Sonntag 8 Uhr. Entree 30 Pf. Auerkannt gute Küche. Säle für Festlichkeiten und Versammlungen. Carl Koch.

Ostbahn-Park

am Kärntner Platz, (Kormann Jmds) Rüdorsdorferstr. 71, am Ostbahnhof. Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Pantomimisten-Truppe Garolton, urkom. Tanzmeister-Droschkenfahrer, Mr. De Dolfs, Neger-Excentric etc. Volksbelustig. jeder Art. 4 Kegelbahnen zur Verfügung.

Königl. Italienischer Circus Ernesto Ciniselli.

Stadtbahnstation Zoologischer Garten. Heute, Sonnabend, den 3. Juni 1893, Erste große equestre. und chorograph. Vorstellung. Zum 1. Male: „Der Wilddieb“. Ausstattungspantomime mit Ballet in 4 Akten von Direktor Ernesto Ciniselli, arrang. u. inszenirt vom königl. italien. Hof-Balletmeister Frn. Antoni Zignani, ausgef. von ca. 200 Pers. und dem aus 60 Damen besteh. Corps de Ballet. Die Hauptrolle „Der Wilddieb“ wird dargest. vom Direktor. 1. Abth.: Grosses Fest in Tirol. 2. Abth.: Der Wilddieb auf der Jagd und die Ermordung des Oberförsters. 3. Abth.: Das Gericht und die Gefangennahme des Wilddiebes. 4. Abth.: Der Urtheilspruch und der Tod des Wilddiebes. Ort der Handlung: Tirol. Vorkommende Tänze: Gr. Tiroler Tanz, ausgef. von den Solotänzerinnen Fr. Marie Weldemann, Pister, Bohn und Passoli, sowie von dem gef. Corps de Ballet. Ferner zum 1. Male: Le Cagorou Boxeur aus Paris, ausgef. von den Clowns Gebr. Weldemann. Ferner Auft. der vorzögl. Reitkünstler und Reitanfängerinnen, sowie Spezialitäten und Clowns I. Ranges. Ernesto Ciniselli, Direktor.

Schweizer-Garten am Königsthor.

Täglich: Concert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Geschwister Rigoli, Familie Carlo, Mr. Famera, Max Grabow, Gebr. Dissenato, Emma Lucas, Troupe Columbia und Gebr. Veroron. Im Saale: BALL. (4199L*)

Etablissement Buggenhagen.

Täglich: Instrumental-Concert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Vahnhof's Lagerbier, hell und dunkel. An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt. Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Moabiter Gesellschaftshaus.

Alt-Moabit 80 und 81. Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf., referirtes Platz 50 Pf. 4127L* Helmuth Peters. Vereinszimmer: Pflic, Simeonstr. 29. Gr. Vereinszimmer Schildingstr. 24.

Bühnenverband „Apollo“.

Sonntag, den 4. Juni, Nachmittags 4 Uhr: Gr. Theater-Vorstellung, Lanzfränzchen im Kolberger Salon (Papo), Kolbergerstrasse 23. Beitrag 15 Pf. 244b Der Vorstand.

Britz.

Chausseestr. 69/70. Rosen-See-Terrasse. Chausseestr. 69/70. Alle Genossen sind zu diesem Tage des guten Zwecks halber besonders eingeladen. Sonntag, den 4. Juni 1893:

Großes Volksfest

veranstaltet von den Genossen von Britz unter Mitwirkung des Musikvereins „Musikfreunde Rixdorfs“ und des „Arbeitergesangsvereins für Britz“ (Mitgl. des Arbeiter-Sängerbundes) unter Leitung ihres Dirigenten Max Gacon. Auftreten des Mimikers u. Komikers Ph. Klehms. Volksbelustigungen aller Art. Im bal champêtre: BALL. Die Musik hierzu wird von Berufsmusikern ausgeführt. Anfang 4 Uhr. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis. Programm 20 Pf. Gesangsvereine, welche dem Arbeiter-Sängerbund angehören, werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. 348/13 Das Komitee.

Restaurant Zenthen-See,

Station Hankel's Ablage-Zenthen der Berlin-Börlcher Eisenb., empfiehlt sein Lokal zu Ausflügen per Dampfschiff und Kramper an Vereine und Gesellschaften. Großer Tanzsaal, Billard, Kegelbahnen, Kaffeelüche. Für gute Bedienung ist bestens gesorgt. 219b Achtungsvoll Ernst Kuntzel.

Restaurant zur Pferdebuert.

15 Minuten Waldweg vom Bahnhof Köpenick. Herrlicher Laubwald, kein zweitschönerer Aufenthalt in und um Berlin. Jeden Sonntag von früh 7 bis 11 Uhr halbstündlich Kramperfahrt (Person 15 Pf.) Rückfahrt von 2 bis 9 Uhr Abends. Neuer Tanzsaal, Familien-Kaffeelüche, 2 Kegelbahnen, Schloßhalle, Wärfelbuden sowie verschiedene Belustigungen. ff. Weissbier 20 Pf. Bairisch Bier 10 Pf. 4314L* Achtungsvoll F. Hoffmann.

Todes-Anzeige.

Am 31. Mai entschlief nach längerem Leiden mein innigstgeliebter guter Mann, der Former

Otto Teuber im 82. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Juni, Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Bergstr. 48 aus nach dem Elisabeth-Nirchhof, Prinszen Allee, statt. Dies zeigt tief betrübt an 250b Wittwe Alma Teuber.

Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.

(E. G. Nr. 2, Hamburg.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Zimmerer

Bernhard Dorn

am 31. Mai, früh 6 Uhr, auf der Bahn verunglückt und gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 4. Juni, Nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Friedhofes aus statt. 266/10 Der Vorstand.

Danksagung.

249b Für die zahlreiche Theilnahme bei der Beerdigung des Herrn Gustav Albrecht sagen wir allen, besonders seinen Kollegen vom „Verband der Geschäftsdienner, Packer und Berufsgenossen“ und dem Musikverein „Sirtinitas“ unseren aufrichtigen Dank. Die trauernden Hinterbliebenen.

Norddeutsche Brauerei.

53. Chaussee-Strasse 53. Täglich: Concert.

Wochentags Entree frei. Bei ungünstiger Witterung im Saal. Die neu eingerichtete Kaffeelüche ist den geehrten Gästen von 2 bis 6 Uhr geöffnet! 4146L.

Treptow Bender's Restaurant

8 Minuten hinter dem Paradies-Garten. Bestes Lokal an der Chaussee. Jeden Sonntag Tanz. Großer Saal, großer schattiger Garten. Kaffeelüche, 3 Kegelbahnen.

Otte's Eisschloßchen Plötzensee.

Jeden Sonntag: Früh- u. Nachmittags-Freikonzert. Gr. Kaffeelüche und 2 Kegelbahnen. 255b Empfehle den Genossen u. Bekannten mein Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal. Zimmer für Vereine mit Pianino zu 60 Personen. Der Garten ist eröffnet. 4257E. Venus Stabenack, Bäckersstr. 49, 2. Haus von der Brangelsstr.

2. Wahlkreis. Öffentliche Wähler-Versammlung

am Sonntag, den 4. Juni, Vormittags 10 Uhr, im großen Saale der Viktoria-Bräuerei, Lühnowstraße 111/112. Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Reichstags-Kandidat Richard Fischer. 2. Diskussion. Zu dieser Versammlung sind die Geschäftsführer und kleinen Gewerbetreibenden besonders eingeladen. — Zur Deckung der Unkosten findet Zeller-Sammlung statt. 413/6 Das Wahlkomitee.

6. Wahlkreis. Große öffentl. Wähler-Versammlung

am Sonntag, den 4. Juni, Vormittags 10 Uhr, in Puhlmann's Sommer-Theater, Schönhauser Allee Nr. 148. Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Stadtverordneter Borgmann. 2. Diskussion. 413/5 Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Vertrauensperson.

Rixdorf.

2 große Wähler-Versammlungen

Am Montag, den 5. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wirsing, Ruesbeck-Strasse Nr. 77. Am Dienstag, den 6. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Variété-Theater, Herrmannstraße 18. Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen und ihre Bedeutung. 2. Diskussion. 418/17 Referenten die Genossen Emil Retzerau und Feodor Sigrist. Alle Wähler sind hierzu eingeladen. Das Wahlkomitee.

Schöneberg. Große öffentl. Wähler-Versammlung

am Sonntag, den 4. Juni, Vormittags 11 Uhr, im Saale der Schloßbrauerei in Schöneberg, Hauptstraße 60-63. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Vogtherr über: Die Forderung der Regierung und die bevorstehende Reichstagswahl. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben. 343/14 Das Wahlkomitee.

Wilmerdorf. Öffentliche Wähler-Versammlung

am Sonnabend, den 3. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Victoria-Garten“, Wilhelmshan. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Zadek. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zur Deckung der Unkosten werden 10 Pf. Entree erhoben. Das Wahlkomitee.

Große öffentliche Versammlung sämtlicher in Berlin lebenden Ost- u. Westpreußen

am Montag, den 5. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, in den Gratweil'schen Bierhallen, Kommandanten-Strasse 77-79. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Marasas (aus Ostpreußen) über die Wahlbewegung in den östlichen Provinzen. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ersucht um zahlreichen Besuch Der Einberufer. 254/12

Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend. General-Versammlung

Sonntag, den 4. Juni, Vormittags 10 1/2 Uhr, bei Brochnow, Sebastianstraße 39. Tages-Ordnung: 1. Wahl der Revisoren. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Besprechung und Wahl der Bau-Kontrollkommission. 4. Verschiedenes, Fragelasten. Kollegen, erscheint alle, und zwar recht pünktlich, der wichtigen Tagesordnung wegen. 182/7 Der Vorstand.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen. (Mitgl. Berlin.)

Montag, den 5. Juni 1893, Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Timm über das Bildungsmonopol der heutigen Gesellschaft. 2. Wahl der Arbeits- und Bibliothek-Kommission. 3. Verschiedenes (Abrechnung vom Ausflug). Ausgabe der Mitgliedsbücher und Aufnahme neuer Mitglieder. Desgleichen Ausgabe der Büllets zum Sommerfest (guter Montag). Für regen Betrieb derselben wird ersucht. 120/4 Der Vorstand.

Zentral-Krankenkasse und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. Berlin A.

Montag, den 5. Juni, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Roll (oberer Saal), Waldberktstraße 21: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Festsetzung der Gehälter für die Ortsbeamten. 2. Wahl der Ortsbeamten und Beitragsamter. 3. Wahl eines Vertrauensarztes. 4. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimirt. Die Mitglieder sind verpflichtet, pünktlich am Platze zu sein. 800/8

Achtung, Stellmacher! Große öffentliche Versammlung der Stellmacher

Berlins und Umgegend am Sonntag, den 4. Juni, Vormittags 10 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20. Tages-Ordnung: 1. Unser Arbeitsnachweis und das Verhalten des Innungsvorstandes zu demselben. 2. Diskussion. 3. Abrechnung der Agitationskommission. 4. Verschiedenes. 285/5 Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Agitationskommission.

Verein der Maschinisten u. Heizer Berlins.

Sonntag, den 4. Juni, Nachmittags 5 Uhr, in Schultheiss' Brauerei-Ausschank, Neue Jakobstraße 24/25: 250/18

Versammlung.

Gäste willkommen. Der Vorstand.

Die Reichstagswahlen.

Wilhelm Marr, der alte Antisemitenfürer, den die Antisemiten einst heiß verehrten, erklärt im Hamburger „Echo“, unserm Parteiblatt:

Etwas für moderne Antisemiten.

Wenn der alte Spötter Voltaire noch lebte, der ja bekanntlich auch ein Antisemit war, er würde vielleicht folgende Fragen an den „Sozialismus der dummen Kerle“ richten: Ihr „guten Leute und immer schlechter werdenden Muskatanten“ sagt mir doch einmal, wo findet Ihr numerisch die meisten „Juden“ und den jüdischen „Machtmißbrauch“, als um Thron und Altar herum, als bei den bürgerlichen „Ordnungsparteien“? Beschnitten oder unbeschnittenen Juden, das ist ganz gleich. Seit Ihr Euch auch noch für die Militärvorlage erklärt habt, in Euer Platz doch nur noch in Reich und Glied mit Rothschild, Reichsrodter, Warschauer, Erlanger, König Stumm und wie die beschnittenen und unbeschnittenen Unternehmer, Gräber und Großkapitalisten sonst heißen mögen. Numerisch findet Ihr den „Bürger Seim“ am schwächsten vertreten in der Sozialdemokratie, die aber von 6 bis 7 Millionen Juden in der Welt nicht so viel Ausbeißer macht, als Ihr, die Ihr die Cohn, Levy u. d. a. zu ausschließlichen Sündenböcken einer verfaulenden sozialen Unordnung machen wollt und zu diesem Ende Mucker und Finklerlinge geworden seid, Gurrab- und Heilkräuter, Maquere der Reaktion! Der alte Spötter Voltaire würde sagen: Wenn Ihr Antisemiten sein wollt, so werdet erst Sozialisten, stimmt für die Sozialdemokraten, welche wenigstens der kapitalistischen Verjudung der Gesellschaft nicht ungezählte Millionen Soldaten zur Verfügung stellen! Die soziale Frage, nicht die abstrakte Judenfrage, steht heute auf der Tagesordnung! Merkt Euch das, Ihr modernen Geschäfts-, Sport- und Radan-Antisemiten! — Am 15. Juni stimme ich „roth“. Nicht obgleich, sondern weil ich ein ehrlicher Antisemit bin.

„Franklin entriß dem Himmel den Blitz, dem Tyrannen das Szepter;

Glaubt mir, das war von je ein und dasselbe Geschäft!“

Also sprach s. Z. der alte Spötter und Antisemit Voltaire, der aber heute über die modernen Antisemiten sagen würde: „Herr! Siehe dies Volk an! Es sind lauter Eigene!“

Nichts für ungut!

W. Marr.

Von Koscielski-Admiralski. Der „Dreund“ veröffentlicht ein Telegramm aus Jnowrazlaw, wonach der Abgeordnete v. Koscielski in Jnowrazlaw als Kandidat aufgestellt worden sei. Herr v. Koscielski soll dem „Dreund“ zufolge gebeten haben, „man möge ihn wenigstens ernten lassen, was er gesät habe.“ Nur auf diese Bitte hin sei er wieder aufgestellt worden. Das ist auch ein Standpunkt!

Unter dem effektvollen Titel: „Der sozialdemokratische Aufbruch in Solstedt“ bringt die „Kreuzzeitung“ einen Bericht des „Nordhauser Anzeigers“ über eine am 30. Mai stattgehabte Versammlung zum Abbruch, die von Antisemiten Nordhausers in Solstedt arrangiert worden war. In dieser Versammlung, in der der antisemitische Redakteur Persurth aus Zeitz sprach, sollen auch 60—70 Sozialdemokraten aus Bleicherode, Nordhausen und anderen Orten erschienen sein, worunter der sozialdemokratische Kandidat des Kreises, Theodor Glocke aus Berlin. Die Antisemiten hatten den Rednern in der Diskussion nur 7 Minuten Redezeit verfaßt, sind aber so gnädig gewesen, den sozialdemokratischen Kandidaten 10 Minuten lang reden zu lassen. Darauf entzog man Glocke das Wort, was — wie der „Nordh. Anz.“ selber sagt — einen „Entwüstungsfuror“ erregte. Das Blatt fährt dann fort: „Wiederholte Zwischenrufe der Sozialdemokraten: „Glocke ausreden lassen“, „abstimmen lassen“, „Psittake u. s. w. veranlaßten schließlich den Vorsitzenden, die anwesenden Sozialdemokraten zum Verlassen des Saales aufzufordern, und als dem nicht Folge geleistet wurde, die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen. Der in Solstedt stationierte Gendarm ging sofort zur Räumung des Saales vor, und langsam, schließlich unter Abführung der Arbeitermarxillanten verließen die Sozialdemokraten den Saal. Die Versammlung nahm mit der Erweiterung des Herrn Persurth ihren Fortgang, obwohl sich der anwesende Bewohner Solstedts eine leicht erklärlche Aufregung bemächtigt hatte. Der Vortrag wurde unterbrochen durch ein vor dem Gasthose seitens der Sozialdemokraten ausgebrachtes Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Die Versammlung wurde angesichts der zunehmenden Aufregung geschloffen, indem Herr Persurth ein Hoch auf unsere Kandidaten Kruse (den antisemitischen Kandidaten. Red. d. „K.“) ausbrachte. Kurze Zeit hierauf zerbarsten mit eigentümlich kitzelndem Geräusch die Fensterscheiben. Große Steine flogen polternd in's Zimmer, während die Fensterkreuze mit dumpfem Krach zerplitterten. Dem Gendarm, der unten den Krusturm abzuwehren versuchte, wurde die Uniform zerrissen, er verhaftete den Uebelthäter, brachte ihn in den Saal, wo man denselben vor der Erbitterung der Einwohner kaum schützen konnte. Der Verhaftete hatte ein Messer gezogen, er gab an, aus Magdeburg zu sein, anscheinend ein arbeitsloses Subjekt, eine Art Zuhälter. Einer Aufforderung an die Einwohner, dem Gendarm zu Hilfe zu kommen, wurde Folge geleistet und die Sozialdemokraten, die niemand aus dem Gasthof herausliehen, zurückgedrängt. Als wir nach kürzerer Zeit durch die in dem engen Gange festgestellten Massen aufhalten die Straße erreichten, bot sich uns ein schauerhafter Anblick der Zerstörung dar. Sämtliche Fenster zertrümmert, die Fensterräume eingeschlagen, das Oberlichtfenster über der Thür demolirt, lagen die Scherben, zerbrochene Holztheile umher. Man scheute sogar nicht vor der Brutalität zurück, die Fenster derjenigen Zimmer zu zertrümmern, in denen die Kinder des Herrn Schilling schliefen, obwohl die Frau desselben händeringend bat, ihre Kinder zu verschonen. Der Fußboden des Saales und der Zimmer unten war mit Steinen, zerbrochenen Bierseideln, Holzstücken u. w. überdeckt. Es muß übrigens darauf hingewiesen werden, daß zu der Versammlung nur konservative und antisemitische Wähler eingeladen waren, was Herrn Glocke mitgeteilt war. Auf Requisition der Solstedter Behörde wurde der Kandidat der Sozialdemokraten bei seiner Ankunft auf hiesigem Bahnhofe verhaftet. Wir hätten es sehr gern gesehen, daß diejenigen freisinnigen Größen hiesiger Stadt, die da schon jetzt erklärt haben, bei einer etwaigen Stichwahl zwischen den Antisemiten und Sozialdemokraten für den Sozialdemokraten einzutreten, Zungen jener Solstedter Revolution gewesen wären.“

Soweit der Bericht des „Nordh. Anzeigers“. Aus den Worten „unser Kandidat Kruse“ ergibt sich, daß er von einem Antisemiten geschrieben ist, und die Beziehung auf die Freisinnigen läßt, zumal es sich um die verabschwundene Partei der Antisemiten handelt, mit Sicherheit darauf schließen, daß er nach jeder Richtung hin tendenziös gefärbt ist, um die Stimmen des der Sozialdemokratie zuneigenden Theiles des Bürgertums für die Antisemiten zu fapern. Uns selbst ist über den Vorfall bis jetzt leider keine Nachricht gegeben worden, Genosse Glocke hat hierüber, und zwar an einen seiner Expeditionskollegen, nur berichtet, daß er wieder aus der Hast

entlassen worden sei. Nach der „Staatsbürger-Zeitung“ und selbst nach der „Frankfurter Zeitung“ sollte er wegen „Landfriedensbruches“ verhaftet worden sein. Seine Freilassung beweist aber, daß falls wirklich Gewaltthätigkeiten vorgekommen sind, was noch abzuwarten bleibt, diese nicht von den Sozialdemokraten verübt wurden, die mit Glocke nach Solstedt kamen. Möglicherweise haben irgend ein paar Antisemiten einige zu allem fähige Kerle mittels Schnaps und Biers gedungen, um durch die von diesen verübte Zerstörung fremden Eigentums, auf billige Weise also, den Profit des „Martyriums“ zu ergattern. Unsere Parteigenossen stehen auf einer höheren Stufe der Kultur, als daß sie das Wahlrecht und sonstige Rechte durch Gewaltthätigkeiten mißbrauchen würden, wie das der Antisemiten verwerfliches Handwert ist. Im übrigen beweist dieser Vorgang aufs neue, wie sehr das Befolgen von Versammlungen, zu denen man nicht geladen ist, seine zwei Seiten hat.

Aus der Westpreign. Lezten Montag sollte in Perleberg eine öffentliche Wählerversammlung stattfinden, in der der sozialdemokratische Kandidat Kooymann aus Berlin sich den Wählern vorstellen sollte. Der Wirth des Lokals zum Schützenhaus hatte schriftlich sein Lokal zur Verfügung gestellt. Die polizeiliche Anmeldung wurde hierauf eingesandt und die Insperate in der Perleberger Zeitung aufgegeben. Statt dieser Insperate erschien in dem Blatte eine Notiz, wonach der Wirth zur Verweigerung seines Lokals veranlaßt worden war, und eine von diesem Manne unterzeichnete Annonce, worin er erklärte, daß er die Versammlung unter keinen Umständen in seinem Lokal abhalten lassen werde. Nichtsdestoweniger war am Montag Abend ganz Perleberg auf den Beinen. Polizei und Landgendarmen, ferner gedungene Knüppelhelden zogen hinaus zum Schützenhaus. Als Kooymann den Sachverhalt erfuhr, erklärte er dem Wirth, daß dieser für die entstandenen Kosten ersatzpflichtig gemacht werden würde, und ging dann zurück nach dem Bahnhof. Auf dem Heimweg suchte nun eine Horde Knüppelhelden unseren Kandidaten in ihre Mitte zu bekommen, was ihr auch gelang; die Wächter der Ordnung waren verschwunden. Kooymann erreichte indessen wohlbehalten den Bahnhof. Die Menge folgte ihm und umringte ihn noch in der Wartehalle. Vor der Wartehalle fanden sich die Gendarmen, an der Spitze der Wachtmeister und 5 Polizeibeamte ein, die so lange warteten, bis der Zug abfuhr. Beim Einsteigen konnte es ein Knecht nicht unterlassen, den Genossen Nähr aus Berlin, der die Versammlung leiten sollte, an den Armen zu fassen und ihm zu sagen, daß wenn er keine Perleberger „Wichse“ haben wolle, er in Zukunft in Berlin bleiben möge. Die gedungenen Mannschaften erzielten Nordhäuser und Bier, sowie sie trinken wollten, daher ihre Kourage! Für diesmal ist es den Segnern geglückt, die Versammlung zu vereiteln, das nächste Mal gelingt's ihnen nicht, dafür wird gesorgt werden.

Eine Tugend muß uns selbst der Haß der Gegner zusprechen, nämlich den Fleiß, mit dem wir für den Sozialismus agitieren. So schreibt das in Zielzweig erscheinende „Neumärkische politische Wochenblatt“: „Eine Heberausung brachte Pfingsten unseren Sternberger Kreisen, nämlich den Einfall von ca. acht sozialistischen Agitatoren, denen der Gefellenbrief kaum trocken geworden. Kaum war die Kirche geschlossen, so begannen die Voten ihr Amt als Aufträger der Flugblätter, in kaum 1/2 Stunden waren in jedem Hause unserer Stadt die Zettel — ca. 10000 Stück — vertheilt, so daß die „Votbegläcker“ bereits um 1/12 Uhr per Möbelwagen weiter nach Gleichen, Königswalde u. s. w. fuhren; ebenso soll der Wahlkreis im Umsehen belegt worden sein.“

Im Wahlkreise Waldenburg stellt das Centrum keinen Kandidaten auf und empfiehlt Wahlenthaltung. — Falkenberg-Grottkau: Schalscha, der Queneling, unterstützt durch die Konservativen, Gulbrich (3).

Der jüngste Leibhufar der Militärvorlage, der Husarenlieutenant Hubert von Schorlemer in Großenhain, ist ein leiblicher Sohn des abgeschwenkten Centrumskavalleristen von Schorlemer-Alst. Wie die Alten jungen, so zwitschern die Jungen.

Der läugnende, aber festgenagelte Herbert. Die „Pfälzer Zeitung“ hatte bekanntlich dem Grafen Herbert Bismarck die Aeußerung nachgesagt: „ob es denn überhaupt ein Unglück sei, wenn die kleinen Bauern verschwänden und ihr Vieh in größeren rationalen Betrieben aufgehen würde.“ Graf Herbert hatte die Aeußerung im „Genthiner Wochenbl.“ dezentriert und hinzugesagt: „er erblide vielmehr in dem kleinen Besizer einen Segen für das Land.“ Frhr. v. Frenckenbach theilt nunmehr in der „P. Rtg.“ mit, daß jene Worte im Sommer 1881 bei einem Dinner in der oberen Saline thatsächlich gefallen seien. Sicher sei, daß die betreffende Aeußerung, besonders gegenwärtig, dem Grafen Bismarck höchst unangenehm erschienen muß, weniger sicher sei, ob er sich überhaupt an jene Worte erinnere. Der „geniale“ Sohn, dessen diplomatisches Geschick im Samoa- und Wohlgenuth-Gandol Triumphe feierte, versteht das L—äugnen noch nicht so gut, wie sein Vater. Aber er ahmt rühmlich dem erhabenen Vorbilde nach.

Die Freisinnigen im Wahlkreise Erfurt haben einen immerhin seltenen Akt vollständiger politischer Entmannung an sich vollzogen. Sie brachten den Nationalliberalen als den Kandidaten, für den die freisinnige Partei stimmen würde, den Apotheker und Stadtverordneten Caesars in Vorschlag. In der vom nationalliberalen Verein einberufenen Wählerversammlung, wo beide Parteien vereint mit den Freikonservativen den Handel besprachen, erklärte der nationalliberale Rechtsanwalt Wobdorf, dem für den Fall der Nicht-Einigung die Kandidatur von seinem Parteigenossen angeboten war, er werde nur dann zurücktreten, wenn der von den Freisinnigen vorgeschlagene Apotheker Caesars sich bedingungslos der nationalliberalen Partei anschließen und für die Militärvorlage eintreten wolle. Und der Kandidat der Freisinnigen, Herr Caesars, durchschritt thatsächlich dies caudimische Hoch und mit ihm die Freisinnigen, denn zum Schluß der Versammlung konnte der Vorsitzende feststellen, daß, soweit er bemerkt habe, bei der Abstimmung niemand gegen die Kandidatur Caesars gestimmt hätte.

Ein solches Bürgerthum kann politisch überhaupt niemand mehr ernst nehmen.

Im weithavendischen Kreise, sowie in einem Theile der Kreise Jerichow und Zauch-Belzig vertheilten am Sonntag 400 Parteigenossen Flugblätter. In Brandenburg war die Vertheilung innerhalb einer Viertelstunde erfolgt. Alles ging ohne Störung von statten. Die Aufnahme der Schriftenvertheiler war, so weit Berichte darüber vorliegen, in allen Orten eine gute.

Aus Saalfeld i. Th. wird dem „Thüringer Volksblatt“ mitgeteilt: Mehr als 60 hiesige Genossen zogen am Sonntag in 16 Kolonnen auf das Land, um das erste Wahl-Flugblatt zu verbreiten. Einige, die nach den entlegenen Ortschaften mußten, gingen schon am Sonnabend fort. Ueberall wohin sie kamen, wurden sie sozusagen mit offenen Armen empfangen, die Begeisterung für unsere Ideen ist besonders auf dem Walde geradzug

großartig. Fast überall wurden unsere Genossen aufgefordert, ja bald wiederzukommen. In vielen Häusern, wo vor 8 Jahren jeder Sozialdemokrat mit Schimpfworten empfangen wurde, sind sie sogar zu Tische geladen worden.

Die Wadestriimpfler kommen von Tag zu Tag mehr auf den Hund. Wie uns aus Graubenz gemeldet wird, schrieb Nicker an die Liberalen im Wahlkreise Schwes, sie sollten von der aussichtslosen Kandidatur eines freisinnigen Abstand nehmen und gleich für den Reichsparteiler Holz-Parlin stimmen. Und da rede noch Einer von Zersplitterung im reaktionären Herrhausen.

Viel Geld haben unsere Liberalen, trotz aller ihrer Wahl Schmerzen, immer noch übrig, wenn es gilt, auf ihre Weise der Sozialdemokratie ein auszuweichen. Lebt da in Hamburg der ältere Parteigenosse zum Theil noch bekannte Schumacher und einstige sozialdemokratische Abgeordnete Hartmann jetzt als körperliche und geistige Ruine. Mancherlei Widerwärtigkeiten, zum größten Theil selbst verschuldet, haben den Mann im Laufe der Zeit derart mitgenommen, daß er schon seit Jahren dem Mitleid der Genossen und — leider muß es gesagt werden — dem Gespött der Segner anheimgegeben war. Diesen Mann suchten die Lehretzen nun hervor, preßten aus ihm durch — der Himmel weiß, welche Mittel — eine Serie Schauererzählungen heraus und brachten dieselben unter seiner — des geistig Unzurechnungsfähigen — Verantwortlichkeit mit dem Titel: Sensationelle Enthüllungen über die Führer der Sozialdemokratie u. s. w. heraus. Das alberne verworrene Zeug, was da zusammengestapelt ist, wird nun von der Hamburger Börse und Justizwo vertrieben, damit nun damit die Hamburgische Bevölkerung sich von der Sozialdemokratie abwenden soll. Daß das geschehen wird, glaubt das Häuflein liberaler Eiferer in Hamburg wohl selber nicht. Also muß das angerührte Mittel wohl für außerhalb Hamburgs berechnet sein, um kurz vor den Wahlen den kleinen Landmann und Handwerker vor der Sozialdemokratie graulich zu machen. Viel Glück werden die Braven damit nicht haben.

Der Melnitzwindel blüht. So krächzt die „Königliche“ ein Klageged über die Bevandegelüste der Franzmänner und sagt: „Weil wir aber nie dulden werden, daß die französischen Fahnen je wieder am Rhein wehen, deshalb wollen wir vor allem eine Stärkung des Heeres, das dem Einfall des Feindes zuvorkommen soll.“ Nächstens werden die Reptilien be-

nur die Militärvorlage
uns retten könne vor dem
Koloradofäßer
oder vor der
Reblaus!

Aus Kelmheim, Sigl's Wahlkreis, wird gemeldet: „Die Stimmung in der ganzen Gegend ist durchwegs für Dr. Sigl. Von dem Centrumskandidaten Wagner in Mainzburg will trotz der energischen Agitation der Geistlichkeit niemand etwas wissen, während bei der letzten Reichstagswahl die Ansichten noch getheilt waren. Und wenn man nach dem Grund dieser Stimmung fragt, hört man fast einmüthig, daß die geistlichen Herren selbst dem Haß den Boden ausgeschlagen hätten. Solche Reden wie: Wenn Euch Eure Kuh und Euer Stier lieber ist, als unser Herrgott, dann wählt den Dr. Sigl! haben unter der bäuerlichen Bevölkerung die größte Entrüstung hervorgerufen. Man macht sich kaum eine Vorstellung davon, wie reich derartige fanatische Aeußerungen kolportirt werden und welche zerschende Wirkung sie haben. Aus Orten, die seither „ganz schwarz“ waren, kommen Briefe mit dem Inhalt: „Schickt Wahlzettel für Sigl, sonst wählen wir sozialdemokratisch“ — meistens Orte, in denen der geistliche Herr in obenerwähnter Weise agitirte.“ — Für Sigl's Renommé wäre es freilich besser, er stiele bei der Wahl durch. Derselbe ist weder ein Redner, noch ist sein politischer Standpunkt ein solcher, daß er in einer ersten Versammlung vertreten werden kann.

In Pforzheim — schreibt man uns — sprach am Montag Bebel in der großen Turnhalle, die uns zum ersten Male zur Verfügung stand, vor einer so großen Versammlung, wie sie in Pforzheim noch nicht dagewesen ist. Sie war von nahezu 4000 Personen besucht. Namentlich waren auch die Arbeiter aus den umliegenden Ortschaften zahlreich anwesend. Bebel, beim Betreten der Rednertribüne mit stürmischen Hochs empfangen, sprach in zweifelhafter Rede, oft von großem Beifall unterbrochen, über die Reichstagswahl und die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage, zum Schluß die Anwesenden auffordernd, am 15. Juni dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Ein wahrer Beifallssturm ward dem Redner für seine interessanten und lehrreichen Ausführungen zu Theil. Da sich trotz mehrmaliger Aufforderung des Vorsitzenden Dr. Pfeiffer an die Segner, die schon oft vernichtete Sozialdemokratie jetzt vollends todt zu machen, niemand zum Wort meldete, wurde die Versammlung geschlossen und unter begeisterten, nicht endenwollenden Hochrufen auf die internationale Sozialdemokratie und auf Bebel trennten sich die Anwesenden.

Lokales.

Achtung! Genossen und Genossinnen, morgen, Sonntag, den 4. Juni, findet im 1. Wahlkreis abermals eine Flugblatt-Verbreitung statt.

Genossen, wie Ihr wohl wissen werdet, ist gerade dieser Kreis für uns der schlechteste von Berlin, so daß er immer auf die Hilfe der Genossen aus anderen Kreisen rechnen muß.

Genossen, wollt Ihr, daß auch dieser Kreis für uns gewonnen wird, so kommt und legt Hand ans Werk, indem Ihr Euch uns anschließt und mit uns kämpft; denkt an unser Kampflied, die — Marxillade, und wir siegen.

Genossen und Genossinnen, auch am Tage der Wahl brauchen wir Leute; seid Ihr gewillt, uns mit Eurer Kraft zu unterstützen, so gebt Eure Adresse beim Unterzeichneten ab, auch könnt Ihr es morgen bei den Komitee-Mitgliedern, welche die Flugblätter ausgeben, bewerkstelligen.

Treffpunkte sind morgen, Sonntag, früh 7 1/2 Uhr in folgenden Lokalen:

- Wih. Thierbach, Restauration, Friedrichsgracht 16;
 - Zrißmann, Restauration, Jadenstr. 55, Ecke der Sieberstraße;
 - Stodjisch, Restauration, Holzgartenstr. 5;
 - Seidenhücker, Restauration, Jäger- und Kanonierstraßen-Ecke;
 - Wendt, Restauration, Claudiusstr. 19.
- Das Wahlkomitee
des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises.
J. A. Otto Schellwath, Neue Friedrichstr. 92, II.
3. Wahlkreis! Die Parteigenossen, welche gewillt sind, bei der Verbreitung eines Flugblatts morgen Sonntag, den 4. Juni,

zu helfen, wollen sich an diesem Tage von früh 1/8 Uhr an bei Gaudel, Dresdenstr. 116, einfinden.

Die bereits für später in Aussicht genommenen Verbreitungen werden hierdurch nicht berührt.

Der Vertrauensmann.

Achtung! Köpenick! Genossen, welche Sonntag, den 4. d. M., an der Agitationsstour teilnehmen wollen, haben sich pünktlich 5 Uhr früh am Schloßplatz einzufinden.

Der Vertrauensmann.

Nummelsburg. Alle Genossen, welche gewillt sind, sich an der Verteilung von Flugblättern zu beteiligen, werden hiermit aufgefordert, sich Sonntag, den 4. Juni, früh 7 Uhr, pünktlich im Lokal des Herrn Vorhmann, Berlinerstr. 83, einzufinden.

Der vierte evangelisch-soziale Kongress hielt heute seine zweite und letzte diesjährige Sitzung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung theilte der Vorsitzende mit, daß eine Liste zur Zeichnung von außerordentlichen Beiträgen für den evangelisch-sozialen Kursus in der Versammlung zirkulieren werde. Mit der Zahlung der Beiträge wurde den Herren Zeit bis zum 1. September gelassen.

Hosprediger Dr. Braun-Stuttgart sprach dann über „Die Annäherung der Stände in der Gegenwart“.

Er wies auf die Gleichförmigkeit hin, die sich in Kleidung und anderen Dingen bei Hoch und Niedrig geltend mache. Dabei sprach er auch von einer Bildungsgemeinschaft, die zwischen dem Volksschüler und dem Schüler der höheren Schulen bestehe. Er meinte, ein begabter Volksschüler, der die Schule einer Großstadt besucht hat, werde ohne große Schwierigkeit die Lücke ausfüllen können, die ihn von einem Realschüler unterscheidet. Auch in der Wohnungseinrichtung bemühen sich, nach dem Redner, die sogenannten „niederen Stände“, es den höheren gleich zu thun. Um dies zu beweisen, erzählt der Herr, ein Arbeiter, der von ihm hatte Geld borgen wollen, habe ihm, als er denselben vorkam, daß er doch einen ganz guten Verdienst habe, geantwortet: „Ja, er habe alles in seine neue Wohnungseinrichtung gesteckt; nun habe er sich noch für 28 M. einen Regulator gekauft.“ Selbstverständlich erregte der Vortragende die Heftigkeit der Versammlung damit, er erreichte seine Absicht, daß die — verständige Versammlung über den „dummen Arbeiter“ lache. Das ist die Art, wie die Evangelisch-Sozialen über die Lage und Verhältnisse der Arbeiter sich „aufflären“.

Redner bezeichnet kurz die Bestrebungen der „höheren Stände“, gegen die äußere Annäherung der Stände sich zu stellen, wie die Heraushebung einer spezifischen Standesehre, die Bekämpfung des allgemeinen Wahlrechts, als vergebliche. Dann hebt er die innere Entfremdung, welche neben der äußeren Annäherung der Menschen besteht, hervor und verlangt, daß das Verhältnis zwischen Hoch und Niedrig herzlicher werde, daß es auf Anerkennung der gegenseitigen Arbeit beruhe. So lange das nicht geschehe, werde für die Arbeiter der Gegensatz zwischen Sein und Schein um so peinlicher sein, werde alles, was sie von der Bourgeoisie annehmen, ihnen nur dienen zum Kampfe gegen dieselbe, zur Schärfung des Klassenbewußtseins. Redner stellt folgende Leitsätze auf:

1. Eine wirklich werthvolle und fruchtbare Annäherung der verschiedenen Stände hat zu notwendigen Voraussetzungen

a) eine derartige Gestaltung der materiellen Lage für die Mitglieder aller Stände, daß jedem ein Gefühl der Sicherheit und Befriedigung ermöglicht, und dem Reid wie dem Uebermuth der Boden entzogen wird,

b) den innerlich verbindenden Besitz idealer, insbesondere religiöser Güter und Interessen,

c) Achtung und Vertrauen als Grundton aller persönlichen Beziehungen.

2. Hiernach wird der Annäherung der Stände wenn auch nur mittelbar, so doch um so gründlicher gedient

a) durch energische Thaten der sozialen Reform,

b) durch Pflege der idealen Faktoren in allen Ständen, insbesondere kraftvolle Betätigung der christlichen Kirche und Seelsorge,

c) durch reichliche Anknüpfung und warme unermüdete Pflege persönlicher Beziehungen, wie sich ungezwungen im täglichen Leben ergeben.

3. In zweiter Linie haben auch besondere Veranlassungen, die unmittelbar eine Annäherung größerer, den verschiedenen Ständen angehöriger Kreise herbeiführen und zunächst auf gegenseitigen Boden (durch Zusammenkünfte, Vereine, Feste) verwirklichen wollen, ihren Werth — insbesondere als Gegengewicht gegen Vereinsbildungen auf einseitiger Standesgrundlage — aber nur, wenn ihre Haltung von den in These 3 und 4 bezeichneten Gesichtspunkten bestimmt ist, und wenn alles Erklärliche und innerlich Unwahre und alle übermäßige Betonung ihrer sozialen Bedeutung vermieden wird.

4. In Bezug auf die Annäherung der Stände wie alle sozialen Aufgaben der Gegenwart haben wir ohne Rücksicht auf den Erfolg unentwegt zu arbeiten in Pflichtgefühl und brüderlicher Liebe.

Als „energische Thaten der sozialen Reform“ wünscht Redner Thaten von Seiten des Staates und der Gesetzgebung, in der Steuer-Gesetzgebung entsprechende Veranziehung des Besitzes, weitere Durchführung der Sonntags-Gesetzgebung, noch vermehrte Fürsorge des Staates für die Arbeiter in seinen Betrieben, so daß diese wirkliche Musterbetriebe werden, Ausbildung der Arbeiter durch Gesetzgebung und der privaten Wohlthätigkeit, nicht der Wohlthätigkeit. Außer den in den Thesen aufgestellten Forderungen weiß der Herr Hosprediger noch eine ganze Menge Mitteln zur Pflege der inneren Annäherung der „Stände“ zu empfehlen. Er warnt seine Betrüger vor, Standespredigten zu halten, wie das von einem Kollegen in der Presse empfohlen worden sei, weist auf die Gleichstellung hin, welche Hoch und Niedrig bei der Taufe und bei dem Abendmahl erfahren; diese Sakramente stellen sich demnach als soziale Heilmittel dar, die der Pflaster pflügen müsse. Das gleiche gelte von der Konfirmation, die sich so sehr eingelebt habe, daß selbst die Berliner Freireligiöse Gemeinde eine allerdings gräßliche Nachahmung derselben nicht unterbreiten wolle. In der Konfirmation — meint der Redner — sei erreicht, was die Einheitschule leisten sollte; die Kinder würden dort mit einem nennenswerten Wissen und einer Weltanschauung versehen. Zur inneren Annäherung der Stände empfiehlt Redner des weiteren: freundlichen Gruß für den niedriger Stehenden, gelegentlich ein freundliches Gespräch mit dem Mädchen, ferner Herzlichkeit in den täglichen, regelmäßigen Beziehungen zwischen Herrschaft und Diensthöfen, Abhalten gemeinsamer Hausandacht mit den Diensthöfen, Händedruck für dieselben des Abends beim Gutenachtigen. Nicht ganz so intim sollten und sollten sich gestalten die Verhältnisse zwischen Arbeitern und Arbeitgeber; aber der Arbeitgeber sollte auch nicht stumm und grüßlos durch die Werkstätten der Arbeiter gehen. Bei dieser Aeußerung mußte man am Vorstandstische wohl Besorgnisse haben, die Vertreter der Presse könnten verstanden haben: Der Arbeitgeber sollte nicht wie König Stumm grüßlos durch die Werkstätten gehen; denn Generalsekretär Göhre legte auf den Tisch der Presse einen Zettel mit dem Wortlaut „Stumm und grüßlos“. Wie vorsichtig! —

Der Vortragende empfiehlt dann noch ungezwungenen Verkehr zwischen Hoch und Niedrig auf den Volksfesten u. und schließlich mit einer Ermahnung an die Zuwesenden, kräftig für Annäherung der „Stände“ zu wirken.

Mit lebhaftem Beifall wurden diese Ausführungen von dem Kongresse aufgenommen.

In der Diskussion schließt sich Hosprediger Wagner-Darmstadt der sozialdemokratischen Forderung einer Einheitschule und freien Unterrichts an.

Bereitsgeklärter Raumann-Frankfurt bekämpft die Ausführungen des Referenten so ziemlich von A bis Z. Die Bildungs-

gemeinschaft bestehe nicht, die Bildungsart sei durchaus verschieden. Die bestehende Klasse erwerbe eine ästhetisch-philosophische Bildung, die Arbeiter eine naturwissenschaftlich-ökonomische. Man solle nicht bloß darauf bedacht sein, die Bildung der bestehenden Klasse den Arbeitern zuzuführen zu lassen, sondern auch, die ökonomische Bildung in die bestehende Klasse zu tragen. Wie es mit der Annäherung in der äußeren Lebenshaltung bestellt sei, das zeigten statistische Tabellen über das Jahreseinkommen der verschiedenen Schichten der Bevölkerung. Die Sakramente anlangend, solle der Referent doch bedenken, daß dieselben schon Jahrhunderte bestehen und trotzdem die „Stände“ immer weiter auseinandergehen.

Geheimrath Prof. Wagner stimmt im Gegensatz zum Pfarrer Raumann dem Referenten im wesentlichen bei und freut sich, von demselben gehört zu haben, daß auch auf dem Boden der gegenwärtigen Verhältnisse viel Gutes zur Besserung der Zustände geschehen kann. Redner erwartet sich dann für die Miquel'sche Steuerreform und verurtheilt die Bekämpfung derselben durch die bestehenden Klassen, die dabei sicher einen Beweis ihres Mangels an nationalökonomischer Bildung geben. Man habe in Preußen die Besitzenden in der Besteuerung lange Zeit zu sehr geschont. Die Gegensätze der Stände des Ferneren seien in den früheren Jahrhunderten doch viel schlimmer gewesen als jetzt. Auch im Essen sei der Unterschied zwischen Hoch und Niedrig geschwunden. Es esse doch zum Frühstück der Arbeiter seine gute Butterbrotte mit Schinken oder Wurst und trinke sein Bier dazu. Die Einkommensteuer-Statistik sei nicht geeignet dazu, Schlüsse zu ziehen wie Pfarrer Raumann. Allerdings sei die Lebenshaltung der Reichsten besonders stark gehoben worden, aber das seien doch nur wenige. Die schnelle und beträchtliche Volksvermehrung in Deutschland führe zur Eintrübnung der Lebenshaltung des Volkes. Es sei eine Unwahrheit, wenn man thue, „als ob wir von Natur gleich sind“; „wir sind nicht“, so sagt der Redner, „gleich, wir sind verschieden nach Körper, Geist und Gemüth.“ Er müsse den Herren empfehlen, welche der Sozialdemokratie näher stehen, stets sich bezüglich ihrer Forderungen zu fragen, ob sie möglich und in absehbarer Zeit ausführbar sind. Redner fordert schließlich mehr Anwendung von Mitteln für die Pflege der Kunst.

Antwärtiger Kulemann-Braunschweig stimmt nach der wirtschaftlichen Seite dem Pfarrer Raumann, nach der idealen dem Geh. Rath Wagner bei. Er freut sich feststellen zu können, daß gegen die Anschauung des Vortragenden, daß das allgemeine Wahlrecht nicht angetanet werden dürfe, von seiner Seite in dem Kongresse Widerspruch laut geworden ist. Die soziale Seite dieses Rechtes werde zu wenig beachtet. Redner fordert die Geistlichen dann auf, die plutokratische Unterdrückung in den Kirchen bezüglich der Sitzplätze aufzuheben; dieselbe sei ein zu bequemer Angriffspunkt für die Sozialdemokratie. Was die Standesunterschiede angeht, so halte er es nicht für richtig, das Ziel einer vollständigen Verwischung aller Standesunterschiede zu setzen. Er halte das in absehbarer Zeit nicht für durchführbar. Redner schließt mit einer Warnung, dem Pfarrer Raumann ganz zu folgen, man möchte dabei vielleicht sich den Arbeitern ein gut Theil nähern, aber würde sich doch andere Kreise (gemeint ist die bestehende Klasse) entfremden. Deshalb sei es gut, daß Pfarrer Raumann einstweilen Hecht im Kampfe bleibe.

Stöcker hofft, daß eine Annäherung der Stände, wie Hosprediger Braun sie gefordert, es bewirken werde, daß die Erneuerung der Gesellschaft nicht durch Revolution, sondern durch Reform geschehen werde. Stöcker erzählt dann eine Geschichte, wonach er kürzlich, als er auf Agitation in Sachsen war, in einer Versammlung dort die Sozialdemokratie scharf angegriffen und ihm zwei schlechte Sozialdemokraten die Wahrheit so gut, wie es ging, gesagt hätten. Nach der Versammlung habe ein Kommers stattsgefunden, an dem die Gegner, die Sozialdemokraten, Theil genommen und in das Hoch auf Kaiser und König eingestimmt hätten.

Prediger Albert Eggert verlangt Hebung des Ansehens der Geistlichen.

Kandidat Wangemann berichtet über die von ihm auf einer dreimonatlichen Tour gemachten Beobachtungen, wo er durch Hannover und Westfalen ging, um zu erfahren, wie die Geistlichen und Gebildeten die ärmerlichen Nächsten pflegen. Er habe im Arbeiteraugen bei verschiedenen Predigern vergeblich um Unterstutzung nachgesehen. Sein Ansprechen um Arbeit sei die ganzen drei Monate hindurch erfolglos gewesen. In Hamburg habe er nach dem Gottesdienst einen berühmten Geistlichen erjucht, ihm zur Erlangung von Arbeit behilflich zu sein; der habe ihn aber einfach stehen lassen. Auch die Behandlung, welche die Organe der Regierung den Arbeitlosen angedeihen lassen, sei vielfach verlegend.

In seinem Schlussworte bemerkte Hosprediger Braun dem Pfarrer Raumann gegenüber, daß er das Materielle nicht habe besprechen wollen, ohne es gering zu veranschlagen; er habe heute nur das Ideale erörtern wollen. Redner polemisiert des Längeren gegen Raumann, um nachzuweisen, daß er nicht anderer Ansicht als Pfarrer Raumann sei.

Der Kongress nahm schließlich eine Resolution an, wonach er in den Ausführungen des Hospredigers Braun werthvolle Mittel erkennt, den tiefen sozialen Konflikt, der durch unser Volk geht, nicht in revolutionärer, sondern in reformirender Weise zu lösen.

Nach einer kurzen Frühstückspause theilte Generalsekretär Göhre mit, daß auf der Liste, welche zirkulirt war, 630 M. Beiträge gezeichnet worden seien.

Dann hielt Stöcker einen Vortrag über „das Sonntagsgesetz und seine Konflikte im Volksleben“. Er ging auf die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und die dazu erlassene Verordnung kurz ein, gedachte der Klagen, welche die Ausführung des Gesetzes hervorgerufen habe, und meinte, auf dem Wege der Durchföhrung des Gesetzes solle man nicht über 2, allerhöchstens 3 Uhr Nachmittags hinaus gehen und Beschäftigung der Angestellten gestatten. Redner stellt folgende Leitsätze auf:

1. Die Sonntagsruhe in ihrer neuesten gesetzlichen Gestalt bedeutet einen Fortschritt gegen früher, aber noch nicht den normalen Zustand, welcher erst mit der Beireitung des Feiertages von aller nicht unumgänglich notwendigen Arbeit vorhanden ist.

2. Lie aus dem gegenwärtigen Zustande im Handelsgewerbe entstehenden Schwierigkeiten haben ihren Grund zum Theil nicht in der zu großen Schärfe, sondern in der Milde der geltenden Bestimmungen und werden mit der Gewöhnung des Volkes allmählich aufhören. Eine Abänderung ist nur dann erwünscht, wenn sie die Geschäfts- und Arbeitszeit beschränkt. Die geleglich erlaubten Ausnahmen sind knapp zu bemessen.

3. Die landesgesetzlichen Verordnungen für die Sonntagsruhe in Industrie und Handwerk sind möglichst bald zu erlassen und bei den dazu erforderlichen Ermittlungen von den Staatsbehörden ebenso die Arbeiter wie die Unternehmer heranzuziehen.

4. Die Verordnungen in betref der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe entsprechen nur dann dem Geiste der Gesetzgebung, wenn sie dem Handlungsgeschäften den Sonntagnachmittag frei lassen und am Morgen die Arbeitszeit mindestens eine halbe Stunde vor Beginn des Gottesdienstes schließen.

5. Die Ortsstatute in Stadt und Land sollen die Sonntagsruhe des Nachmittags nicht beeinträchtigen. Die Großstädte, Berlin voran, verkennen ihre soziale Aufgabe, wenn sie im Handelsgewerbe die gesetzlich gestattete Arbeitszeit von 3 Stunden bestehen lassen. Sie vor allen haben die Initiative zu ergreifen und Statute zu erlassen, welche die gesammte Arbeitszeit möglichst vor den Beginn des Gottesdienstes verlegen.

6. Die Staatsbetriebe haben, wie überhaupt, so auch in der Sonntagsruhe eine vorbildliche Aufgabe zu erfüllen. Insbesondere ist dem Fahren der Gepäckwagen im Postbetrieb

während der gottesdienstlichen Zeit und darüber hinaus ein Ende zu machen, weil dadurch öffentlich der Sonntagsfriede gestört wird.

7. Das Verkehrs- und Schankgewerbe kann nicht dauernd ohne gesetzliche Regelung der Sonntagsruhe bleiben. Den darin Angeestellten muß mindestens der dritte Sonntag völlig frei sein.

Den großen Sonntagsverkehr auf den Bahnhöfen hält der Referent für übermäßig, und er erachtet es als notwendig, denselben einzuschränken! Er habe das Gefühl: die Arbeit am Sonntag werden wir los, aber die Verwüstung des Sonntags durch Unbarkeiten und Vergnügungen ist die viel größere Gefahr.

Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage forderte Prediger Wagner-Darmstadt eine gesetzliche, einheitliche Regelung der Sonntagsruhe und fürchtet, daß das ganze Sonntagsruhe-Gesetz gefährdet sei. Ein anderer Prediger vermißt vor allem die „Heiligung“ des Sonntags, worauf ihm Prediger Schall entgegnete, er habe in einem sechsbandigen Werke von Johann David Michaelis aus dem vorigen Jahrhundert gelesen, daß das biblische Gesetz, man solle am Sabbath dem Herrn ein Fest feiern, bedeute: man solle fröhlich bei Speise und Trank zusammen sein. Nach einem Schlussworte Stöcker's stimmte der Kongress dem Vorsitzenden Stöcker's zu.

Prof. Harnack dankte dann den vier Referenten und dem Präsidenten und Ehrenpräsidenten den Dank des Kongresses ab, worauf die Versammlung ein lang, ein Gebet zu ihrem Gott anhörte und demnächst auseinanderging.

Pfarrer Raumann ersucht uns zu berichten, daß in der Aufschwüpfung der evangelischen Arbeitervereine am Mittwoch nicht er es gewesen sei, der sich als Anhänger des Achtstundentages bekannt, aber gegen die Aufnahme desselben in das Programm gesprochen habe, weil es nach einem Handinhandgehen mit der Sozialdemokratie aussehe. Diese Ausführung habe ein anderer gemacht.

Die unentgeltliche Lieferung von Lehrmitteln für die Berliner Gemeindschul-Kinder hatte die bürgerliche Presse kürzlich dadurch als überflüssig hingestellt gesucht, daß sie meldete, die auf Drängen der sozialdemokratischen Stadtverordneten zur theilweisen Erfüllung dieser Forderung bewilligte, aber bekanntlich noch sehr geringe Summe sei im letzten Jahre nicht einmal ganz verbraucht worden. Insbesondere seien auch die Mittel zur Verabfolgung von Festen nicht voll in Anspruch genommen worden, trotzdem auch hier wohl jedes Gefuch berücksichtigt worden sei. Hierzu wird jetzt der „Pädagogischen Zeitung“ von einem Berliner Gemeindschul-Lehrer geschrieben: „Diese Nachricht entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Vielmehr sind die durch Umfrage des Direktors an unseren Schulen ermittelten notwendigen Feste in uns bekannten Fällen nur in vermindelter Anzahl geliefert worden. Es konnten demnach auch die Gefuche um freie Feste nicht immer berücksichtigt werden. Nur den erfolgten Abstrichen in den Forderungen ist es wohl zuzuschreiben, daß die eingesetzte Summe nicht verbraucht worden ist.“ — Es ist doch gut, daß es noch Lehrer giebt, die, dem Verbote des Stadtschulraths Betram trohend, „aus der Schule plaudern“. Auf diese Weise erfährt man doch gelegentlich, wie es gemacht wird. Nachdem die „freisinnige“ Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung durch Bewilligung einiger Tausende den Schein der Arbeiterfreundlichkeit gerettet hat, wird durch eigenmächtige Abstriche von seiten der ausführenden Organe ein Theil des ach! so bescheidenen Geldstromes wieder in den Stadtsäckel zurückgeleitet. Dadurch wird nicht nur gepart, sondern es wird auch der Anschein erregt, als ob man in der Arbeiterfreundlichkeit noch viel zu weit gegangen sei, als ob man noch viel zu viel bewilligt habe. Und die „freisinnige“ Presse preist dann die „Fürsorge“ der städtischen Verwaltung für die Berliner Arbeiterbevölkerung und wettet gegen die böse Sozialdemokratie, die den Arbeitern Vorkelle ausdrängen wolle, welche diese weder brauchen noch überhaupt haben wollen. Es ist immer und überall dasselbe Rezept, nach welchem diese Leute arbeiten.

Die antisemitische Kandidatur des Rechtsanwalts Hertwig für den 5. Berliner Wahlkreis ist, wie die „Staatsbürger-Zeitung“ mittheilt, vom Vorstand der reichstreuen Wähler dieses Wahlkreises zurückgezogen, weil Hertwig ein Gegner der Militärvorlage ist.

Gehändsucht wurde am Donnerstag in der Buchdruckerei von M. Sarinmer nach dem Manuskript eines Flugblattes, welches, nach der Aussage der Beamten, etwas „Unstübiges“ enthalten soll. Trotz stundenlangem Suchen mußten die Herren mit leeren Händen abgehen, da weder Manuskript noch Exemplare des Flugblattes gefunden wurden.

Von Herrn J. Schindler geht uns bezüglich unserer Veröffentlichung betref der Generalversammlung der Omnibus- und Packetfahrt-Aktiengesellschaft folgendes Schreiben zu:

Mein Protest in der betr. Generalversammlung bezog sich nicht auf die Verteilung einer Gratifikation von 28 000 M. an Beamte und Dotirung des Pensions- und Unterstüfungsfonds mit 15 000 M., sondern generell auf die gesammte Gewinnvertheilung, weil diese den Bestimmungen des § 81 der Statuten zuwiderläuft. Außer den erwähnten Posten wurden entgegen den statutarischen Bestimmungen noch 5000 M. für Wertzeichen-Referere und 62 127,10 M. außerord. Zuzahlung zum Refererefonds seitens der Verwaltung vom Reingewinn verwandt. Diese Gesamtvertheilung muß um so unatthafter erscheinen, als Vorstand und Aufsichtsrath von den erwähnten unrichtigen Positionen 13 215,24 M. an Lantienmen beziehen, welche ihnen nicht zukommen.

Ich hätte nichts dagegen gehabt, wenn 28 000 M. Gratifikationen und 15 000 M. Dotirung für den Pensions- und Unterstüfungsfonds vor Feststellung des Reingewinns in Ausgabe gestellt worden wären, nicht aber erschien es mir recht, daß Vorstand und Aufsichtsrath sich von Ausgabe-posten Lantienmen bewilligen lassen, indem sie dieselben statutenwidrig unter die Gewinnvertheilung einrangiren.“

Der Berliner Hippodrom scheint die Sammelstelle für allerlei Leute zu sein, die nicht recht wissen, was sie mit ihrer Zeit anfangen sollen. Wenigstens sieht man in den gähnenden Bänken nur gelangweilte Leute, die sich höchstens untereinander amüsiren. Die Reit- und Fahrkänste, Zirkusspringereien, die man überall besser sieht, reizten vorgestern Abend das Publikum nur wenig, auch der Adler dressirende „Professor“ machte nur geringen Eindruck mit seinen gestickten Föglingen, bis man denn endlich zu einer Art bildlicher Darstellung der gesammten deutschen Geschichte überging. Mit der Rückkehr des Cheruskers Hermann aus der Schlacht am Teutoburger Walde fing man an, und mit der landesüblichen Niederlage rothhaiger Franzosen hörte man auf. Das „die Nacht am Rhein“ und das „Heil dir im Siegerkranz“ dabei eine bedeutende Rolle spielen, ist selbstverständlich.

Eine Prügelei unter Workmannern fand in der Nacht zum Donnerstag auf dem Moritzplatz statt. In einem nahegelegenen Lokale waren Bankbeamte unter sich zusammengekommen und in Streit gerathen. Da ein Beleidiger in dem Lokale Genugthuung nicht erhielt, so schaffte er sich solche dadurch, daß er seinen Gegner angriff. Infolge hiervon theilte sich die Gesellschaft in zwei Parteien, und man wechselte blutige Hiebe aus. Die Stimmung wurde schließlich derart flau, daß man für die gezogenen Prügel Dedung auf zwei Sanitätswachen suchen mußte. Am schwersten verletzt wurde der Bankbeamte G. aus der Stalgerstraße, der drei erhebliche Kopfwunden aufzuweisen hatte.

Bei der gefrigen Frühjahrsparade, die wie gewöhnlich große Scharen von Reuigeren, Nichtsthunern etc. angelockt hatte, ereignete sich, wie ein Berichtshatter der „Volks-Zeitung“ schreibt, ein schmerzlicher Unfall. Am Baumzug des Pferdes des Adjutanten des Prinzen Friedrich Leopold war die Kinnleiste gerissen und die Kandare löse geworden. Damit hatte der Reiter seine Gewalt über das Pferd verloren. Als bei der Ankunft des Kaisers Hoch geschrien wurde, wurde das Pferd scheu, stieg hoch auf und sprengte alsdann in gestrecktem Galopp in die Menschenmenge hinein. Alles hob schreiend auseinander. Nur das achtzehnjährige Dienstmädchen des Zahlmeister-Aspiranten M., das sich mit dem Kinde seiner Herrschaft auf dem Paradeselde befand, konnte so schnell nicht mehr ausweichen. Das Mädchen wurde sammt dem Kinde überrollt. Letzteres kam merkwürdigerweise ohne jede Verletzung davon, während das Rindermädchen sich den rechten Arm ausstieß. Das Pferd wurde schließlich von Schulheuten aufgehalten. — Dieses Jubelgeräusch zu militärischen Schauübungen selbst seitens solcher Leute, welche Demokraten sein wollen, zeugt von wahrhaft kindischer Reugier. Ganz unverantwortlich aber ist es, Kinder den Gefahren, die allein schon durch das Gedränge entstehen, auszusetzen.

Paul Wilhelm, der am Mittwoch auf seine Braut, die Schneiderin Wiltan schoss, hat sich nicht das Leben genommen, sondern war, nachdem er seine Braut verlassen hatte, nach Guben gereist, dann aber gleich hierher zurückgekehrt. Er ist verhaftet worden und räumt ein, den Schuß in der Erregung abgefeuert zu haben, will aber einen Mord nicht beabsichtigt haben.

Wegen groben Vertrauensbruchs verhaftet wurde der Konfektionär K., der in dem Kleidergeschäft von St. in Stellung war, und dem insbesondere oblag, die Arbeiten, die die Firma bei Schneidern ausführen ließ, anzunehmen. Er hat sein Haus in der Weise geschädigt, daß er den Schneidern die Ablieferung größerer Mengen Kleidungsstücke befähigte, als in Wirklichkeit geliefert waren, und sich dann von den Schneidern, die auf Grund der Bücher das Geld an der Kasse erhielten, den Mehrbetrag auszahlen ließ.

Eine noch nicht aufgeklärte Vergiftungsgeschichte, durch welche 4 Personen lebensgefährlich erkrankten, beschäftigt gegenwärtig unsere Polizeibehörde. Es wird uns darüber gemeldet:

Anschließend durch Genuß von verkommenem Fleisch sind 4 Mitglieder der Familie des Metzgermeisters J. in der Wälschlingstr. 24 schwer erkrankt. Am Dienstag Abend hatte sich Frau J., bei einem in demselben Stadtviertel wohnenden Fleischermeister F., bei dem die Hausfrau übrigens ihren gesamten Bedarf deckte und bei welchem sie schon seit Jahren kaufte, sogenannte „Knobländer“ Würste geholt, wovon Herr F., die älteste 14jährige Tochter und sie selbst zum Abendbrot mit gutem Appetit aßen. Später kam die 14jährige Tochter, welche mit der Schule eine Landpartie gemacht, nach Hause und auf Bitten des Kindes holte Frau J. noch mehrere Paar solcher Würste, wovon ein Teil von dem jungen Mädchen verzehrt wurde. Gegen 10^{1/2} Uhr begab sich die Familie zu Bett, gegen Mitternacht jedoch erkrankten die vier Personen, die von den Würsten gegessen, in der heftigsten Weise; bei allen Wieren trat heftiges Erbrechen, sowie Krämpfe auf, so daß die Flurnachbarn sofort einen in der Nähe wohnenden Arzt holen ließen, der bei den Patienten Symptome einer starken Vergiftung konstatierte und am anderen Morgen, nachdem er durch geeignete Gegenmittel die drohende Lebensgefahr, in welcher sich die Mitglieder der F.'schen Familie befanden, beseitigt, die Angelegenheit dem Vorstände des zuständigen 18. Polizeireviere unterbreitete. Die Behörde beschlagnahmte nun sofort bei dem Fleischer K. die noch vorhandenen Knobländer-Würste, doch war nichts nach geschehener Untersuchung zu entnehmen, was den Verdacht einer Vergiftung dieser Waare bestärkt hätte; auffällig ist auch der Umstand, gleichzeitig auch erkrankend für den Fleischer K., daß Meldungen von anderen Personen, die bei demselben am Dienstag Abend Knobländer gekauft, nicht eingetroffen sind, welche darauf schließen lassen, daß die erwähnten Käufer nach dem Genuß der Waare krank geworden sind. Andererseits aber steht fest, daß das 10-jährige Töchterchen der F.'schen Eheleute, welches an der Mäßigkeit nicht theilgenommen, einzig und allein gesund geblieben ist, während Eltern und Geschwister erkrankten. Von den durch Frau J. gelauten Knobländer ist noch eine solche Wurst übrig geblieben die nun von dem gerichtlichen Chemiker untersucht wird. Die beiden Töchter sind bereits wieder hergestellt, während die F.'schen Ehegatten sich noch in recht leidendem Zustande befinden.

Der erste Selbstmord von der Kottbuser Brücke aus hat in der verwichenen Nacht stattgefunden. Gegen vier Uhr sah der Schiffer Mottil von seinem Kahne aus, wie sich eine Frauensperson in die Fluthen stürzte. Er machte sich sogleich an die Rettung, konnte aber nur noch einen Leichnam an das Land bringen. In der Todten ist die 38 Jahre alte unverehelichte Anna Martin, die am Kottbuser Damm 2-3 wohnte, erkannt worden. Dem Selbstmord liegt unglückliche Liebe zu Grunde. Die Martin hatte sich in einen Leutnant K. verliebt, der vor einiger Zeit seinen Abschied nehmen mußte. Seit dieser Zeit muß eine Trennung des beiderseitigen Verhältnisses eingetreten sein, so daß die Martin die Lust zum weiteren Leben verlor. Sie legte ihre besten Kleider an, legte sich das Bild ihres Geliebten auf das Herz und ging in das Wasser. In ihrem Zimmer wurde ein Bettel gefunden, auf dem sie bat, sie mit der Kleidung und dem Bildnis zu beerdigen und ihr ein Paar Handschuhe anzugeben, die der Offizier getragen hatte, und in denen sein Name enthalten war.

Polizeibericht. Am 1. d. M. Vormittags wurde ein Mann in seiner am Luisenplatz belegenen Wohnung mit einer Schußwunde im Kopfe, die er sich mittels Revolvers beigebracht hatte, aufgefunden und nach der Charité gebracht. — Beim Wiederlegen einer vor dem Grundstücke Gartenstr. 62 lebenden Bappel wurde Nachmittags ein in der Nähe befindlicher fünfjähriger Knabe von einem Aste erfasst und zu Boden geworfen. Er erlitt schwere Verletzungen an beiden Beinen und mußte nach dem Bogarus-Krankenhaus gebracht werden. — Vor dem Hause Uferstr. 9 gerieth ein vierjähriger Knabe unter die Räder eines Geschäftswagens und wurde an beiden Beinen schwer verletzt. Vor dem Luisenstädtischen Kirchhofe in der Bergmannstraße fiel ein Knabe von dem Sitze seines in der Fahrt befindlichen Mörtelwagens herab, wurde überfahren und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er bald darauf im Krankenhaus am Urban verstarb. — Auf der Schloßbrücke wurde ein Mädchen durch eine Kutsche überfahren und am Hals so schwer verletzt, daß seine Ueberführung nach der Charité erforderlich wurde. — Vor dem Hause Holzmarktstr. 88 gerieth ein dreijähriger Knabe unter die Räder eines Geschäftswagens und erlitt einen Bruch des linken und eine bedeutende Quetschung des rechten Unterschenkels. — In der Frankfurter Allee mißhandelte Nachmittags ein Kutscher sein Pferd durch Peitschenhiebe, so daß es scheu wurde und mit dem Wagen durchging. Hierbei wurde ein vor dem Hause Nr. 31 spielender fünfjähriger Knabe überfahren und an der Hand und an der Brust so schwer verletzt, daß er nach Anlegung eines Nothverbandes nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. — Abends fiel ein Mädchen gegenüber dem Hause Staligerstr. 64 beim Absteigen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen zur Erde und blieb bewußtlos liegen. Es mußte nach dem Krankenhaus Bechman gebracht werden. — Ein Drecksler wurde vor dem Hause Landbergerplatz 2 durch einen Steinwurf überfahren und anscheinend innerlich schwer verletzt, so daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain erforderlich wurde. — Vor dem Hause Rosenstr. 29 fiel ein Mann beim Absteigen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen

zur Erde, gerieth mit dem Fuße unter das Rad und wurde schwer verletzt. — In der Nacht zum 2. d. M. sprang gegenüber dem Grundstücke Plan-Ufer 94 eine etwa 30jährige Frauensperson in den Landwehrkanal und ertrank. — Im Laufe des Tages fanden drei Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Gegen den Genossen Arthur Stadthagen fanden am Donnerstag vor der ersten Strafkammer am Landgericht II zwei verschiedene Verhandlungen an, von denen die erste allerdings erst Nachmittags 5 Uhr begann. Dieselbe betraf ein Vergehen gegen das Vereinsgesetz vom 11. März 1850. Am 4. Juli 1891 fand in Niddorf eine sozialdemokratische Versammlung statt, in welcher der Angeklagte einen Vortrag hielt, der am Schluß mit lebhaftem Beifall belohnt wurde, daß sich der überwachende Gendarm Geride veranlaßt sah, wegen „Tumults“ die Versammlung auszulösen. Die aus etwa 300 Römülts bestehende Versammlung entfernte sich ruhig, obwohl die Verurteilung zur Auflösung sehr fraglich war, nur der Angeklagte blieb noch etwa zwei Minuten auf seinem Platze an dem Vorstandstische auf dem Podium sitzen, um seine Papiere zu ordnen und in seiner Tasche zu verpacken. Zwei Drittel der Anwesenden hatten bereits den Ausgang passiert, als der Gendarm an den Angeklagten herantrat und bemerkte: „Die Aufforderung zum Verlassen des Lokals richtet sich auch an Sie, Sie gehören auch zur Versammlung!“ worauf der Angeklagte erwiderte: „Was wollen Sie von mir?“ sich aber erhob, seine Effekten unter den Arm nahm und am Eingange des Saales noch warten mußte, bis die Vorstehenden heraus waren, um ebenfalls aus dem Saale zu kommen. Wegen dieses Verhaltens unter Anklage gestellt, erkannte das Niddorfer Schöffengericht am 30. September v. J. auf 15 M. Geldstrafe, den § 15 des preussischen Vereinsgesetzes dahin präzisierend, daß nach erfolgter Aufforderung zum Enternen seitens des überwachenden Beamten jeder Anwesende ohne Verzug Anstalten zur Entfernung zu treffen habe. Der Angeklagte habe geögert, und wenn auch nur zwei Minuten lang, so hatte er doch gegen das Gesetz verstoßen. Auf die vom Angeklagten eingelegte Berufung kam die Sache vor die Strafkammer. In längerer Ausführung bekämpfte der Angeklagte die juristische seiner Meinung nach unhaltbare Auffassung des ersten Richters, während der Staatsanwalt Verwerfung der Berufung beantragte. Der Gerichtshof nahm an, allerdings hätte der Angeklagte den Saal auch dann nicht früher verlassen können, wenn er sofort den Ausgang geschritten wäre. Denn er hatte noch mehrere Minuten lang im Saale wegen der vor ihm dem Ausgang zuschreitenden Menge gewartet. Dennoch sei die Berufung zu verwerfen, weil, um das Gesetz nicht unter Umständen illusorisch zu machen, jeder Anwesende verpflichtet sei, sofort nach Auflösung erkennbare Vorbereitungen zur Entfernung aus dem Saale zu treffen!

Der zweite Fall, ebenfalls Berufung, betraf eine Verurteilung wegen Verleumdung des Regierungspräsidenten Grafen Huc de Grais und des Berliner Polizeipräsidenten Freiherrn von Richthofen. Das Urteil lautete auf je 150 M. Geldstrafe, im Unterwörsenfall — 75 Tage Gefängnis. Folgender Thatbestand lag der erstinstanzlichen Entscheidung zu Grunde: Am 17. Januar v. J. hielt der Angeklagte in Zehlendorf bei Oranienburg einen Vortrag, in dessen Einleitung er u. a. verschiedene Gesekwidrigkeiten kritisierte, z. B. die Saalabtreiber seitens der Polizei, besonders aber das Verbot der Tellerfammlungen durch die Polizei-Verordnung vom 7. Januar 1891. Diese Verordnung soll der Angeklagte als eine „unsinnige, wahnsinnige“ bezeichnet haben, welche dem Gesetze entgegensteht, und dadurch soll der Regierungspräsident beleidigt worden sein. Im weiteren Verlauf des Vortrags führte Redner als Beispiel einer Klassenjustiz die bekannten Vorgänge des 1. Mai 1890 an, insbesondere den Umstand, daß der Berliner Polizeipräsident von dem Verband der Metallindustriellen Berlins 8000 Mark zwecks Vertheilung unter die Beamten zur Verfügung angenommen und verwendet hat, welche bei der Kaiserfeier über Gebühr angestrengt waren. Mitbin habe der Polizeipräsident seine Untergebenen angeziffelt, die strafbare Handlung zu begehen, für in ihr Amt schlagende Handlungen Geschenke anzunehmen. Bezüglich sei der Polizeipräsident nicht angeklagt? Die Gründe seien nicht bekannt gemacht. Der objektive Thatbestand eines Vergehens liege vor. Es sei wohl also angenommen, der subjektive Thatbestand liege nicht vor. Unzurechnungsfähige, Unmündige, Kinder rechne das Gesetz zu solchen, bei denen die subjektive Seite einer Straftat nicht vorliegen könne. Also sei der Polizeipräsident den Kindern gleichgestellt. Wegen das Urteil des Schöffengerichts hatten beide Theile Berufung eingelegt. In langen Plaidoyers wies der Staatsanwalt darauf hin, daß nur eine Freiheitsstrafe von 3 Monaten eine angemessene Sühne sein könne, Stadthagen, daß nur eine Freisprechung berechtigt sei. Er habe die unzulässige Polizeiverordnung durchaus zutreffend, wenn auch scharf, kritisiert, darin liege keine Verleumdung eines Mannes, der dieselbe erlassen habe. Auch der Polizeipräsident sei nicht beleidigt, da nicht seine seines Erachtens zutreffende Ansicht, daß er eine strafbare Handlung begangen habe, sondern nur die Kritik von der Staatsanwaltschaft unter Anklage gestellt sei; nicht er, sondern diese habe nach seiner ironischen Darstellung den Polizeipräsidenten auf strafrechtlichem Gebiete Kindern gleichgestellt. Nach einflüßiger Berathung entschied das Gericht dahin, daß der Angeklagte von der Verleumdung des Regierungspräsidenten freizusprechen, dagegen der Verleumdung des Polizeipräsidenten schuldig sei. Zur Anklage stehe lediglich die oben geschilderte herabgehobene ironische Wendung. Aber deren Spitze wendete sich sowohl gegen die Staatsanwaltschaft, wie gegen den Polizeipräsidenten, der als den Kindern gleichgestellt hingestellt sei. Die Verleumdung sei eine sehr schwere, so daß als eine milde Strafe 300 Mark, eventuell dreißig Tage Gefängnis, festgesetzt wurde. Stadthagen hat gegen die Erkenntnisse, soweit nicht auf Freisprechung erkannt ist, Berufung eingelegt.

Ein kleiner Streit mit einer Kundin hat dem Kaufmann Eugen G. in der eine Anklage wegen Freiheitsberaubung und versuchter Erpressung zugezogen, die gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I gegen ihn verhandelt wurde. Gines Tages betrat Frau v. B. den Laden des Angeklagten und verlangte eine Büchse Heringe in Aspice. Der Angeklagte übergab der Käuferin eine Büchse, die er auf ihr Ersuchen sofort öffnete. Jetzt sah Frau v. B., daß die Büchse nicht die verlangten Heringe, sondern solche in einer flüssigen Brühe enthielt. Sie weigerte sich, diese Waare zu nehmen, der Angeklagte behauptete aber, daß nicht Heringe in Aspice, sondern Seltzates-Heringe verlangt worden seien. Die Dame bestritt dies und wollte sich ohne die Waare entfernen. Der Angeklagte vertrat ihr den Weg und erklärte, daß er sie nicht hinauslassen würde, wenn sie die gekaufte Waare nicht abnehme und bezahle. Frau v. B. sagte und ging. Dieser kleine Austritt fand vor Gericht eingehende Prüfung, der Angeklagte behauptete auch hier mit Entschiedenheit, daß er sich in seinem Rechte befand. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten, während der Vertheidiger, Rechtsanwalt Lehfeldt, auf Freisprechung plädierte. Der Gerichtshof hielt nur eine Mäßigung für vorliegend und erkannte daher auf eine Geldstrafe von 50 Mark.

Der Omnibusschaffner August Seide hatte sich gestern wegen fahrlässiger Körperverletzung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte begleitete am 1. Oktober v. J. einen Omnibus der Straße Alexanderplatz-

Moabit. Als der Wagen sich unter dem Stadtbahnbogen beim Bahnhofs Alexanderplatz befand, bemerkte der Angeklagte, daß der Kutscher langsamer und nach der Vordrücke zu fuhr. Seine Annahme, daß jemand, der mitfahren wollte, dem Kutscher einen Wink zum Halten gegeben, war richtig, gleich darauf kam eine Frau zum Vorschein, die hinter dem Wagen herlief. In dienstbereiter Weise hülfte sich der Schaffner, um der Frau beim Aussteigen durch Festhalten am Arme beihilflich zu sein. Er zog dabei mit der Linken gleichzeitig an die Signalleine, die Glocke schlug einmal an, für den Kutscher das Zeichen zum Weiterfahren. Die Pferde setzten sich in demselben Augenblick in Trab, als die Frau das Trittbrett besteigen wollte, sie trat zu kurz, kam zu Falle und erlitt eine leichte Verletzung am Knie. Der Angeklagte meinte, daß der Unfall ihm nicht zur Last gelegt werden könne, er habe durch zweimaliges Anziehen der Leine das Zeichen zum Halten geben wollen, als er aber einmal gezogen, mußte er, um der Frau zu helfen, eine Stellung einnehmen, wodurch er verhindert wurde, noch einmal zu ziehen. Der Gerichtshof hielt doch eine Fahrlässigkeit für vorliegend, die mit 10 M. zu sühnen sei.

Unter der Auflage der Urkundensässung und des Betruges stand gestern der Bureauleiter Alfred Gliese man vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war seit Jahren bei der Nationalbank bedienstet. Er besitzt einen Bruder, welcher als Buchhalter bei der Dresdener Bank angestellt war. Bis der Angeklagte behauptet, daß sein Bruder auf eigene Hand Börsenspekulation getrieben und dadurch sich und ihn unglücklich gemacht. Ende März habe sein Bruder ihm eine von der Dresdener Bank ausgestellte, über etwa 4200 Mark lautende Rechnung für den Bankier Cohen gegeben und ihn gebeten, dieselbe einzuziehen. Cohen bezahlte die Rechnung mit einem Scheck auf den Berliner Kassenverein, der Angeklagte erhielt hier den Betrag und führte das Geld an seinen Bruder ab. Nach einiger Zeit stellte sich heraus, daß der Bruder des Angeklagten die Rechnung für Cohen heimlich ausgestellt und die Unterschriften gefälscht hatte. Der Fälscher klagte und ist bisher nicht ergrieffen worden, es konnte somit nur dessen Bruder und Helfershelfer verurteilt werden. Während dieser früher eingeräumt hatte, daß er die That gemeinschaftlich mit seinem Bruder geplant und ausgeführt habe, um das Geld zur Bedienung von Differenzschulden zu benutzen, wiederrief er im Verhandlungstermine dies Geständnis. Er wollte von der Fälschung erst Kenntniß erhalten haben, nachdem er seinem Bruder das Geld eingehändigt hatte. Der Gerichtshof schenkte ihm keinen Glauben, sondern verurtheilte ihn nach dem Antrage des Staatsanwalts zu einem Jahre Gefängnis und 2-jährigem Ehrverlust.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Stöckarbeiter! Unterstützungen für die streikenden Kollegen der Firma Kallnowsky werden an folgenden Stellen angenommen: für den Norden bei Gnadt, Srinemünderstraße 120, Sonnabends Abends von 8 bis 10 Uhr; für den Südosten bei Schmidt, Adalbertstr. 16, gleichfalls Sonnabends Abends von 8 bis 10 Uhr, sowie ferner Sonntags Vormittags von 10 bis 12 Uhr im Restaurant Steuer, Weinstr. 22. Die Agitationskommission.

Achtung, Puhfach! Im Anschluß an den in der vorigen Woche veröffentlichten Aufruf sei hiermit nochmals auf die heute Abend 8 Uhr in der Straße 16 stattfindende entscheidende Versammlung aufmerksam gemacht. Die Zustände in den meisten Branchen des Puhfaches sind so traurige, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen endlich einmal vor die Alternative gestellt werden müssen: Entweder auftraten und ernstlich an die Verbesserung der Organisation gehen, oder weiter schlafen und weiter brücken lassen. Deshalb, Arbeiter und Arbeiterinnen des Puhfaches, Genossen und Genossinnen, deren Angehörige mit der Fabrikation von Damenhüten und Garnierungsartikeln beschäftigt sind, erscheint alle in dieser Versammlung. Neben einem Vortrag des Genossen Wagner und eventl. Stellungnahme zur Organisation findet auch die Wahl eines Mitgliedes zur Gewerkschaftskommission statt. Mit sozialdemokratischem Gruß W. Jäger, Niddorf, Hermannstr. 34.

An die rauchenden Arbeiter Berlins. Das Verzeichnis der die Kontroll-Schuhmarke der Tabakarbeiter führenden Fabrikanten und Händler wird allwöchentlich Sonnabends bekannt gegeben. Wir bitten von diesem Verzeichnis Gebrauch zu machen zu wollen und bemerken, daß alle anderen Veröffentlichungen von Fabrikanten resp. Händlern, welche in diesem Verzeichnis nicht enthalten sind, auf Täuschung der Arbeiter berechnet sind. Händler, welche ausschließlich Waare mit Kontrollmarke führen, werden in dieses Verzeichnis mit aufgenommen. Wir richten an die Genossen die Bitte, den Tabakarbeitern in ihrem Kampfe um Erringung besserer Arbeitsbedingungen, zur Wahrung ihres Koalitionsrechtes, sowie zur Bekämpfung der Schund- und Schleuderwaare, als auch der Zucht- und Strafanstalts-Arbeit beizustehen, was ihnen um so leichter wird, als sie keine materiellen Opfer für die Unterstützung zu bringen haben, indem die Kontrollmarke nur eine Bescheinigung der richtigen Proffitate mancher Zwischenhändler bewirkt und dem realen Händler es ermöglicht, eine preiswürdige Waare mit 5 Bfg. das Stück auch ferner liefern zu können. Auch an die parteigenössigen Händler, Gatt- und wirthe zu richten wir das Ersuchen, die Kontrollmarke der Tabakarbeiter einbürgern zu helfen, und zwar umsomehr, als gerade von ihnen vielfach noch die oben bezeichneten Schundwaaren bezogen werden. Sorgt also dafür, Parteigenossen, daß die Kontrollmarke immer mehr eingebürgert wird; ihr könnt damit den außerordentlich schlecht gestellten Tabakarbeitern die Wege, auf denen sie eine Besserung ihrer elenden Lage erreichen können.

Die Kontrollkommission der Tabakarbeiter. Aus Grabow (Mecklenburg) wird gemeldet: Der Aufruf der die Eidelorektion beschäftigten Arbeiter ist beendet. Die Arbeiter, welche mit Ausnahme einiger sogenannter „Nadeln ihrer“ wieder eingestellt wurden, erhalten jetzt einen Tagelohn von 2,40 M. statt der bisherigen 2,20 M.

Gewerbegerichtliches. Die Gewerbe-Schiedsgerichte in Gens haben im verwichenen Jahre 1082 Streitfälle meist durch Vergleich erledigt. Um diese Arbeit zu bewältigen, mußten 528 Sitzungen stattfinden, 144 Prüfungen vorgenommen und 445 Zeugen verhört werden. Seit 1884 bis auf den heutigen Tag sind nur 24 Fälle vor das Bundesgericht gezogen und in 8 Jahren nur drei Urtheile der Gewerbe-Schiedsgerichte für falsch erklärt worden. — Dies beweist, meint die Züricher „Arbeiterstimme“, daß diese Gerichte besser als die von Juristen und Berufsrichtern besetzten arbeiten.

Ernennung über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 27. April bis 25. Mai 1893 eingegangene Gelder. Quartalsbeitrag (1. Quartal 93) des Verbandes der Schneider z. 219,60 M. Quartalsbeitrag (1. Quartal 93) des Verbandes der Schuhmacher 320,—. Quartalsbeitrag (1. Quartal 93) des Verbandes der Sattler, Tapezire z. 34,85. Quartalsbeitrag (1. Quartal 93) des Verbandes der Lederarbeiter 88,75. Quartalsbeitrag (1. Quartal 93) des Verbandes der Former 100,—. Quartalsbeitrag (2. Quartal 93) des Vereins der Lithographen z. 105,95.

Quartalsbeitrag (3. und 4. Quartal 92 und 1. Quartal 93) des Verbandes der Fabrik- und gewerblichen Hilfsarbeiter 363,70. Quartalsbeitrag (1. Quartal 93) des Verbandes der Schiffzimmerer 26,45. Quartalsbeitrag (1. Quartal 93) des Verbandes der am Schiffsbau und bei der Schiffsahrt beschäftigten Arbeiter 150.—. Quartalsbeitrag (4. Quartal 92 und 1. Quartal 93) des Verbandes deutscher Holzarbeiter 60.—. Warmstedt, von den Schuhmachern 50.—.

Zur Deckung des Defizits sind eingegangen: Zentralverband deutscher Former 100.—. Zentralverband der Böttcher, Filiale Quedlinburg 2.—. Zentralverband der Maurer, Zahlstelle Cuxhaven 5.—.

A. Dammann, Kassierer, Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstr. 13, 1. St.

Versammlungen.

Mariensfelde. Am Sonntag fand hier eine von ca. 500 bis 600 Personen besuchte Versammlung unter freiem Himmel und zwar auf dem Gehöft des Herrn Meißner statt. Einen Saal zu dieser Versammlung zu bekommen, war den Genossen trotz der größten Anstrengung leider mißlungen, da die Wirtin gern möchte, aber — Polizei und Landgendarme! An stelle des durch anderweitig zu erledigende Parteigeschäfte am Erscheinen verhinderten Referenten Fritz Zubeil aus Berlin hielt Kasper aus Steglitz einen mit großer Begeisterung aufgenommenen Vortrag über: „Die bevorstehende Reichstagswahl“. An der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich Genossen aus fast sämtlichen umliegenden Orten. Eine Resolution, in welcher sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte, sowie sich verpflichtete, am 15. Juni dem sozialdemokratischen Reichstags-Kandidaten, Genossen Fritz Zubeil aus Berlin, die Stimme zu geben, fand einstimmige Annahme. Nachdem wurde ein aus 4 Mitgliedern bestehendes Wahlkomitee gewählt. Zum Vertrauensmann für Mariensfelde wählte man darauf den Genossen G. Reulich. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die von einer großen Polizeimacht „geschützte“ Versammlung.

Friedrichsfelde. Genosse Stadthagen sprach am 29. Mai im Saale des Herrn Mailowsky vor einer zahlreich besuchten Wählerversammlung. Seine Ausführungen, die das Thema: „Uns Vaterland, ans theure, schlies dich an“ behandelten, wurden von den Anwesenden mit drausendem Beifall aufgenommen. Nachdem Arnold noch einen Appell an die Versammlung gerichtet hatte, mit ganzer Kraft dahin zu wirken, daß Stadthagen wiedergewählt werde, nahm die Versammlung eine entsprechende Resolution mit allen gegen eine Stimme an. Leider hatte dieser eine Gegner nicht den Muth, der Aufforderung, seine Ansichten der Versammlung vorzutragen, zu entsprechen. Zum Schluß wurde ein aus 16 Personen bestehendes Wahlkomitee gewählt. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie gingen die Versammelten auseinander.

Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsversammlung Berlin 1. Mitglieder-Versammlung mit Frauen am Montag, den 6. Juni, Abends 8 Uhr, bei Söger, Grüner Weg 29. Tagesordnung: Vortrag von Frau Palm.

Sportklub und Wanderkreis „Waldegrün“. Sitzung am Sonnabend, Abends 8 Uhr, im Restaurant des Herrn Weid, Köpenickerstraße 68.

Einflügel-Verein. Sonnabend, den 3. Juni, Abends 9 Uhr, Reichthorstraße 15: Versammlung mit Damen. Vortrag des Herrn Dr. Pinn über: „Mohamed und seine Lehre“.

Verein deutscher Schuhmacher, Filiale 2. Versammlung bei Keller, Bergstraße 68. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Gebert über Geschichtsfeststellungen, Vereinsangelegenheiten, Abrechnung vom Stiftungsfest. Die nächste Versammlung der Filiale 1 findet am 19. Juni bei Grüber (fr. Wundt), Köpenickerstr. 100, statt.

Publikum-Arbeiter und Arbeiterinnen. Erste Sonnabend Abends 8 Uhr Innenstraße 16, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wagner über: „Die Frau und der Sozialismus“. 2. Bestimmung zum Gründung eines Verbandes aller im Puffschaff beschäftigten Personen.

Ethische Gesellschaft. Sonntag, den 4. d. M., Abends 8 Uhr, Rosenhägerstraße 28. Vortrag des Fräulein Soaber über: „Die Morgenstunden des Gold im Grunde“. Nach dem Vortrag gemütliches Beisammensein. Gäste willkommen.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes von Berlin und Umgegend. Mitglieder-Versammlung am Montag, den 6. Juni, Abends 8 Uhr, in Gorkmann's Restaurant in Rummelsburg. Vortrag. Referentin Frä. Soaber.

Magenwalder Verein. Sonnabend, den 3. Juni, Abends 9 Uhr, Versammlung bei Keller, Köpenickerstr. 68-67.

Neuer Berliner Handwerker-Verein. Sonnabend, den 3. Juni 1893,

Abends 8 Uhr, Vereins-Versammlung bei Dehmann, Mühlstr. 11. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Max Wundmann über: „Aus Goethe's Werken“.

Kranke- und Begräbniskasse des Vereins sämtlicher Fernschaffler, Verwaltung Berlin 1. Jeden 1. Sonnabend im Monat. Saal im Lokal Cafe Humboldt, Uferstr. 23.

Vermischtes.

Ein Wahlkuriosum erzählen bayerische Blätter wie folgt. In H. kam im Wirthshaus das Gespräch auf die bevorstehende Reichstagswahl. Anwesenden Bauern wurde der Kandidat genannt und ihnen ans Herz gelegt, die Kandidatur zu „unterstützen“. Mit dem „Unterstützen“ war selbstverständlich der Wahlzettel gemeint. Gleich darauf steht ein Bauer auf, begiebt sich zum andern Tisch und sagte zu einem der Herren, wahrscheinlich einem Komiteemitglied: „I kann den Herrn, den Ihr nach Berlin schickt, net besonders unterstützen, i hob selber Weib und Kinder z'haus, doch kommt's ma auf wöchentlich an Laib Brot net z'hamm.“ Großes allgemeines Geläch und große Heiterkeit folgte der guten Absicht des Landmanns.

Der Arresthansaufseher Schröder in Koblenz hatte sich vor dem Schöffengericht in Limburg wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange zu verantworten. Schröder hatte, wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, am 13. November in einer Arrestzelle zu Weimar, in der ein Gefangener tobte und schrie und alle Gegenstände zertrümmerte, einen Revolvererschuß abgeleuert. Er traf den Arrestanten in den Unterleib, der Mann starb nach drei Tagen. Die Geschworenen nahmen Nothwehr an und sprachen den Mann frei.

Schlecht bekommen ist den Vegetariern unter den Leuten, die vermuthlich sonst nichts zu thun haben, der Distanz-Marsch, den sie unter Nachahmung des bekannten Distanzritzes von Berlin nach Wien unternahmen. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Zittau: Auf dem Distanzmarfch mußten die Vegetarier wegen erschöpfender Füße hier zurückbleiben. Der erste ist jetzt ein Wiener Ingenieur. In großen Zwischenräumen folgen der Naturmensch und ein Buchdrucker aus Ploeha in Sachsen. Fast alle sind sehr heruntergekommen und gewähren einen mißbeherregenden Anblick.

Aus Wien wird berichtet: Der Hauptmann des Generalstabes Graf Olivier Wallis wurde wegen Defraudation und Desertion am Semmering verhaftet und von Gendarmen nach Wien eskortirt.

Die Muder in Norwegen. Auf eine Anfrage John Lunds im norwegischen Storting an den Kultusminister, ob es richtig sei, daß er die Ausführung von Cherubini's Requiem in der Domkirche zu Bergen zum Vortheil der Verunglückten in Verdaalen verboten habe, erklärte Kultusminister Bang, daß er aus grund verschiedener Verfassungsparagrafen, wonach in norwegischen Kreisen nichts zu dulden sei, was „gegen Gottes Wort und die Augsburgische Konfession“ freite, die Ausführung des Requiems als „katholische Seelenmesse“ allerdings verboten habe. Auf den Einwurf Michelsens, daß man eine solche Anschauung eines Kultusministers im Jahre 1893 nicht solle erwarten haben, befaßte das Storting die Sache zu einer späteren Verhandlung mit allen gegen 47 Stimmen zu vertagen. Ein Kunstwerk wie Cherubini's Requiem vom Standpunkte des bornirten lutherischen Pfaffenstums zu betrachten, ist also nicht Vorrecht der deutschen Orthodoxen. Die Wang sind ihrer würdig.

Infolge von Ueberschwemmungen sind in der Gegend von Savona (Italien) mehrere Brücken eingestürzt. Die Fabriken liegen still.

Die Advokaten in Rom (Frankreich) streiken. Der Gerichtshof mußte am Donnerstag alle Verhandlungen vertagen.

Ein heftiges Erdbeben zerstörte in Guayaquil (Amerika) außer anderen Gebäuden binnen einer halben Minute das Gefängniß, den Palast des Gouverneurs, das Rathhaus und mehrere andere öffentliche Gebäude. Durch den Einsturz des Gefängnisses wurden eine Menge Sträflinge getödtet, die übrigen entpfrangen.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Breslau, 2. Juni. Der „Schlesischen Volkszeitung“ zufolge stellte eine von Kieratz zahlreich besuchte Vertrauens-Versamm-

lung der Zentrumsparthei fast einstimmig den Frhrn. v. Huene zum Reichstagskandidaten für Breslau-Land-Neumarkt auf. Derselbe nahm auf telegraphische Anfrage die Kandidatur an. Frhr. v. Huene ist auch in Militsch-Trebnitz als Kandidat aufgestellt.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Toulon, 2. Juni. Hier sind blutige Streitigkeiten ausgebrochen zwischen den Franzosen und Italienern. 14 Italiener wurden verhaftet, viele sind schwer verwundet.

Briefkasten der Redaktion.

H. Schuff, Bukarest. Warnungen können nur in Ausnahmefällen und nur dann aufgenommen werden, wenn sie von uns als zuverlässig bekannten Parteigenossen beglaubigt sind. Wenden Sie sich deshalb zunächst an das in Bukarest erscheinende sozialdemokratische Blatt.

H. M., Swinemünderstraße 1. Ob die ganze deutsche Armee auf das Tempelhofer Feld geht? Kopf an Kopf gedrängt und ohne Pferde und Kanonen mag sie wohl hinaufgehen. 2. Liebknecht ist in Gießen geboren.

J. D. Auf diese Behandlung muß man rechnen, wenn man sich zu militärischen Schaustellungen drängt. Sie sehen, daß die betreffenden Herren die ihnen gewordene Behandlung ruhig einstecken, ohne uns ihre Beschwerde vorzutragen.

H. E. Das ist der Militärstaat! Warum giebt sich das Publikum bei allen Schaustellungen zur Hurrah-Kanaille her?

W. M. Mögen sich doch die Betreffenden persönlich an uns wenden.

O. Gabriel, hier. Ihr ungeschliffener Brief beweist nur, daß wir Sie noch viel zu milde beurtheilt haben. Sie haben allerdings das heutige Wahlrecht in seiner Wurzel auf's schändlichste angegriffen, denn Sie fordern die Vereinfachung des gleichen Wahlrechts, das Sie als eine „ungerechtfertigt“ bezeichnen. Dies genügt für uns und für — den „großen Unbekannten“.

H. S. Rein.
M. N., Wiesbaden. Der nicht eingetragene Wahlberechtigte, der seinen Einspruch gegen die Unrichtigkeit der Wählerliste nicht bis spätestens am 25. Mai erklärt hat, ist, wie 12 Mal in unserem Blatt vor dem 26. Mai mitgetheilt war, seines Wahlrechts verlustig gegangen.

H. S. 43. Sie können bis zum 1. Oktober Ihre alte Wohnung behalten.

Briefkasten der Expedition.

Berichtigung. Die Summe der eingegangenen Beträge zum Wahlfonds sind irrtümlich quittirt. Es muß heißen in Nr. 123 bereits quittirt (Rath 4046,50) 4587,05

Hierzu kommen die Beträge:

aus Nr. 123	129,60
„ „ 124	526,55
„ „ 125	68,15
„ „ 126	105,80
„ „ 127	92,60
Summe	6509,75

In unserer Expedition gingen zum Wahlfonds ferner folgende Beträge ein:

Von den Klassenbewußten Genossen der Glas-, Porzellan- u. Industriemaler Wiens: Durch Einigkeit zum Sieg 12,10. Zwei Köthen, B. B. 4.—. Posamentiere v. E. Wendel, außer zwei 2.—. Gläsdrauf 3.—. Justiz 10.—. Bartsch, Brodtkn 5.—. Rothe Nr. 1 1.—. Eduard Ludwig 2.—. G. M., O. Diester, Rosa Krause 2,75. Für Scheibe, Anzeige erhalten —50. Von zwei übermüth. Apotheker-Pausknächte 2.—. Zieldewüste a. d. Behrenstraße 10.—. Gefammelt am Bierisch der Berl. Schirmmacher 3,80. 3 gemüthl. Schachspieler 1.—. Es werde Licht, dritte Rate, 8,50. Rother August 5.—. Kellner d. Norddeutschen Br. d. Wegener 3.—. G. Jachisch 3.—. Gef. auf dem Geburtstag bei G. G. 2.—. Amerik. Kuktion im fliegenden Holländer, Holzmarktstr. 1, 8.—. Ruffow, Stralauerstr. 10, 1,50. Rother Heizer, Leipzigerstr. 1.—. P. B. 30.—. Straßhunder Stafflab 5.—. Deutsche Schriftgießerei Arbeiter in Budapest 13,20. Cand. med. 4.—.

Summa 143,15 M. Bereits quittirt (siehe Berichtigung) 5509,75 M.; in Summa 5652,90 M.

Nach Beschluß der letzten außerordentlichen Generalversammlung des Lokalverbandes Berlin der Berliner Zimmerleute geben wir den Verbandsmitgliedern vorläufig folgende Zahlstellen bekannt:

- Osten. Zahlstelle 1 bei W. Zippke, Markusstr. 14.
 - Südosten. Zahlstelle 2 bei Fürstenau, Reichenbergerstraße 39. Vertrauensmann: Josef Schmidt.
 - Südwesten. Zahlstelle 3 bei H. Elaner, Kassirer, Bellealliancestr. 21a.
 - Westen. Zahlstelle 4 bei J. Raumann, Kuhlstr. 36.
 - Nordwesten. Zahlstelle 5 Vertrauensmann C. Stehr, Stromstr. 33.
 - Norden. Zahlstelle 6 Vertrauensmann A. Charlot bei Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60.
 - Norden. Zahlstelle 7 Vertrauensmann M. Leonhardt bei H. Wille, Alte Hochstr. 32a.
 - Norden. Zahlstelle 8 Vertrauensmann A. Weiss bei Kuhlmeier, Schönhauser Allee 29.
- Die Vertrauensleute sind verpflichtet, die Beiträge für den Monat Mai mit einzuziehen. 860/14
- Die Beiträge resp. Aufnahme neuer Mitglieder werden in sämtlichen Zahlstellen Sonntags Vormittags von 10 bis 12 Uhr entgegengenommen.
- Der Vorstand.**
J. A.: Max Leonhardt, Kassir. 15.

Freireligiöse Gemeinde.
Sonntag, Vormittags 10¹/₄ Uhr Rosenhägerstr. 38:
Vortrag des Herrn **Waldeck Manasse:**
Der Ursprung des Menschen.
Gäste sehr willkommen. 416/4

Tischlerverein.
Sonnabend, den 3. Juni, Abds. 9 Uhr, Reichthorstr. 15:
Versammlung mit Damen.
Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Pinn über Mohamed und seine Lehre. — Beschließung der Herrenpartie.
391/12 **Der Vorstand.**

Schmiedel's Festsäle,
Alte Jakobstrasse 32,
empfehle meine hocheleganten Säle zur Abhaltung jeder Art Feilichkeiten. Auch steht den geehrten Vereinen zc. der große Sommergarten zur Verfügung.
Wwe. E. Schmiedel.

Empfehle nach wie vor mein vergrößertes Lokal, franz. Billard zc. dem verehrten Publikum. Vorwärts, Volks-Zeitung, sowie andere Zeitungen liegen aus. [3596L]

M. Berndt,
Oranien- u. Alexandrinenstr.-Ecke.
Empfehle allen Genossen mein Schanzgeschäft. 4080*
Auch ist ein Vereinszimmer zu vergeben. Der Garten ist eröffnet.
J. Guadt, Swinemünderstr. 120.

Nordring-Restaurant u. Garten
Nr. 8 Lindow-rstrasse Nr. 8.
Empfehle mein Lokal nebst schattigen Garten als angenehmen Aufenthalt. Täglich Königsberger Fleck. Vereinszimmer zu vergeben. „Vorwärts“ liegt aus. [245b] **C. Ewest.**

Restaurant Iwert,
Hohen-Neuendorf a. d. Nordb.
4 Min. vom Bahnhof,
empfehle mein Lokal den geehrten Vereinen, Freunden und Genossen zu Landpartien. Großer Garten mit Regelpark, großer Saal mit Piano und Theaterbühne, Kaffeelüche zc.

Café „Wilhelmshöhe“
Waltersdorf bei Erkner,
15 Minuten vom Bahnhof an der Chaussee nach Hühnersdorf,
also nicht Waltersdorf. Schlenje.
Saal und Vereinszimmer zu jeder Versammlung frei. Der Garten fäht ca. 3000 Personen. Regelpark und Billardzimmer. Um Zutritt bittet Carl Gillmann. 4245*

Köpenick.
Den Vereinsvorständen Berlins und Umgegend, welche vom Hotelbesitzer **M. Klein** in Köpenick eine Empfehlung seiner Lokalitäten erhalten haben, verweisen wir hiermit auf die Boykottliste. 418/M **Die Lokalkommission.**

Zur Landpartie nach Birkenwerder a. d. Nordbahn
Restaurant Schützenhaus.
Allen Freunden u. Genossen, namentlich den verehrten Vereinen bestens empfohlen. Große Kaffeelüche. Zwei verd. Regelpark. Große Halle mit Piano stehen zur Verfügung. Für ff. Speisen und Getränke zu soliden Preisen ist geforgt. „Vorw.“ liegt aus.
Carl Hietzig, Gastwirth.

Potsdam.
Restaurant Charlottenhof.
Den Berliner Parteigenossen empfehle bei Ausflügen nach Potsdam mein am Bahnhof Charlottenhof gelegenes Restaurant. Schöner großer Garten, Billard, Regelpark. Um regen Besuch bittet Achtungsvoll **F. Broseit,** Potsdam, Alte Louisestr. 32, gegenüber dem Bahnhof Charlottenhof. Größere Gesellschaften bitte vorher anzumelden. 18b

Wo speisen Sie?
In der alten pommerischen Küche **Dranienstraße 181, Hoj part.,** bei **G. Buckow.**
Frühstück 30 Pf., Mittagstisch mit Bier 50 Pf., Abendstisch von 30 bis 50 Pf. nach Auswahl. 4315L*
Billig. Gändler Billig. Können viel Geld verdienen, wenn sie sich die neuesten 1., 5. und 10-Pfennigartikel in Eshofolade und Zucker zulegen. Pfeffermüschschachteln sehr billig, feine Vanille pro Pfund 3,00. Deutsche Eshofoladenfabrik, Invalidenstr. 138.

Martin Klein,
Uhrmacher, 8544L
25 Neue Hochstr. 25
empfehle sein Lager aller Arten **Wand- und Taschen-Uhren.** Reparaturen zu soliden Preisen

Steinmeßstraße 40,
Ecke Grob-Brückenstraße.
54b
Nur Güte mit Kontrollmarken.
Grosso Auswahl in Schirmen.
W. Wolff.

Damen Schneiderei und Buß
lehrt gründlich Frau **Hoffmann,** Guroystr. 48, 2 Tr. Schneidern 20 M., Buß 10 M., Musterzeichnen für Schneiderin 8 M. 4105*

Alle Uhren [3530L]
werden sauber und sorgfältig reparirt unter Garantie des Gutgehens für **1,50 Mark** (außer Bruch) bei **W. Winkler,**
Berlin N., Reinickendorferstr. 2 g, gegenüber der Dankes-Kirche.
Lager aller Arten Uhren, Uhrkotten

Presskohlen anerkannt beste Heizkraft, wenig Asche gebd., Marke Centrum 3,80 M., beste Senftenberger Marielohle 4,50 M., ab Platz, frei Haus Keller 50 Pf., frei Boden 70 Pf., pro Tausend mehr.
Frischeisen & Co., Kottb. Ufer 30, Probekohlen frei ins Haus. [107b]
J. Semmel, Oranienstr. 55, am Rortzplatz, pr. Zahn-Arzt. Spr. 8-6. Sonnt. 9-1. Theilzahlung gestattet.

Marken z. quittiren von **Partei-Beiträgen**
empfehle allen Genossen die Quittungsmarken und Kautschuk-Stempelfabrik von **Conrad Müller, Schkeuditz-Geppig.**
Preisliste gratis und franco.

Hutfabrik A. Lange,
Brunnen-Str. 136-37.
Filz- u. Seldenhüte m. Kontrollmarken. Gr. Lager in Sonnen- u. Regenschirmen, Strohhüten u. Mägen. Billige Preise.

Gut geschmiedete Plättbohlen zu Engros-Preisen. Neue Friedrichstr. 43, a. d. Spandauer Brücke. 246b
Singvögel, Papageien, Eichelhähnen, Vogelbauer, große Auswahl, billig. 252b **Schnelle,** Invalidenstr. 7.

Nur 1 Mark.
Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jetzt **Ginmenstr. 19** II. r. Auch Sonntags.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23. Dv**
Neue Hosen! Hosen!
Herren- u. Knabengarderoben zc., sehr billig. **Französische Halberstraße 13, 1 Tr.** 4313L*

Rosenhägerstr. 66, v. 2 Tr. rechts ist ein Mahagoni-Schreibtisch zu verk. Passend für Bureau. 248b
Säle zu Privat-Festlichkeiten u. Versammlungen Oranienstr. 180. 5551b

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Linienstr. 149. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.
Arbeitsmarkt.
Bäckerlehrling
sofort gesucht für seine Bäckerei. 256b S. Postamt 18.